



Postfachamt 57544.

Inserate werden laut Tarif
billig berechnet. Bei öfterem
Einschaltungen Preisnachlaß.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus
oder bei Bezug durch die
Post

monatlich . . . Kz 16.—
vierteljährlich . . . 48.—
halbjährig . . . 96.—
ganzzährig . . . 192.—

Abbestellung
von Manuskripten erfolgt
nur bei Einlieferung der
Retourkarten.

Erscheint mit Ausnahme
des Montag täglich früh.

2. Jahrgang.

Dienstag, 3. Oktober 1922.

Nr. 232.

Die „Herren im Hause“.

Alle, die um Lohn oder Gehalt sich mühen, haben jetzt ausreichend Gelegenheit, ihre „Brotgeber“ kennen zu lernen. Das gute Herz der Herren Unternehmer feiert nun wahre Orgien. Da die Krise verheerend durch das Land schreitet und zehntausende Arbeitskräfte in Werkstatt, Fabrik und Kontor überflüssig macht, zeigt sich der Geist der Kapitalistenklasse in seiner wahren Gestalt. Es wäre nicht richtig, wenn man für die Grausamkeiten, welche die durch den Wahnsinn der kapitalistischen Wirtschaftsbildung hervorgerufene Krise mit ihrer Gefolgschaft von Arbeitslosigkeit und Not an der arbeitenden Klasse verübt, den einzelnen Unternehmer verantwortlich machen wollte, denn so bedingt es eben diese „Ordnung“: in den Zeiten der Hochkonjunktur schafft sie den Unternehmern ungeheure Gewinne, den Arbeitern gerade die nackte Existenz; in den Zeiten schlechten Geschäftsganges macht sie Massen von Arbeitern „entbehrlich“, verurteilt sie dazu, ihre Hände feiern zu lassen und zwingt ihnen maßlose Entbehrungen auf, während sie die Kapitalisten in die Lage versetzt, auch in Krisenzeiten nichts von ihrer Bequemlichkeit, ihrem Wohlleben ausgeben zu müssen. Daran ist nicht der Einzelne schuld, das ist das Wesen der kapitalistischen Gesellschaft, die auf der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beruht. Aber wir sehen, daß darüber hinaus viele Unternehmer und ihre Organisationen die Ungerechtigkeit dieser Ordnung und die Wehrlosigkeit, in welche die Krise die Arbeiterschaft versetzt hat, brutal dazu ausnützen, um die Arbeiter zu demütigen, zu bedrücken, sie ihre Macht fühlen zu lassen. Nun halten sie wieder die Zeit gekommen, zu zeigen, daß sie die Herren im Hause sind, daß sie den Arbeitern gegenüber nicht als gleiche, vertragsschließende Teile gegenüberstehen, daß sie vielmehr nach Gutdünken bestehende Lohn- und Arbeitsverträge brechen und wie einen Fetzen Papier zerreißen und selber neue Bedingungen festlegen können, während die Arbeiter und Angestellten stumm, geduldig und ergeben entgegenzunehmen haben, was ihnen das Ermessen ihrer „Brotgeber“ gnädigst zubilligt.

Als nach dem Umsturz in den Fabriken sie und die Arbeiterauschüsse gewährt wurden und es den Arbeitern gelang, ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verbessern, da schrien die Unternehmer über „Terrorismus“, aber der herrschende Warenmangel und das damit verbundene fette Verdienen, ließ es noch immer ungleich ertragreicher erscheinen, die Betriebe in vollem Gang zu erhalten, als sie durch Streiks eine Zeitlang stilllegen zu lassen. Den Unternehmern, die sich nur langsam an den Gedanken gewöhnen können, daß der seine Arbeitskraft verkaufende Arbeiter das Recht der Mitbestimmung bei der Festlegung der Arbeitsbedingungen, bei der Aufnahme und Entlassung von Arbeitskräften, oder gar bei der inneren Leitung des Betriebes haben soll, erschien es unfassbar, daß die Arbeiter nicht mehr ihre demütigen, willfährigen Lohnsklaven, sie selber nicht mehr die allmächtigen „Herren im Hause“ sein sollten; zähneknirschend, in wütendem Hass warteten sie daher der Zeit, die es ihnen ermöglichen werde, ihre alte unumschränkte Macht, die auch eine größere Ausbeutungsmöglichkeit bedeutet, zurückzugewinnen. Die gegenwärtige Zeit, da zehntausende Arbeitslose hungernd umherirren, hat die brutalen Instinkte des Unternehmertums zu voller Blüte gedeihen lassen. Es ist kein Zweifel, daß nicht alle Betriebsstellungen eine Folge der Krise sind, und daß manche der stillliegenden Fabriken den Arbeitern die Tore vor der Nase zugeschlagen hat, weil die Besitzer fürchten, daß die drohende Herabsetzung der Preise ihre Profitrate schmälern könnte. Nicht sie, die behaglich in der Wolle sitzen und es schon vertragen, von den ungeheuren Gewinnen der Kriegs- und Nachkriegsjahre etwas herzugeben, wollen zu den Opfern der schließlich unvermeidlichen Preisherabsetzungen beitragen, vielmehr sollen die Arbeiter vor allem und wenn möglich allein die Last auf ihre Schultern nehmen. Die künstliche Steigerung der Krise erscheint daher den Kapitalisten vorteilhafter, als die Fort-

Entspannung im Nahen Osten.

Sondon, 2. Oktober. (Neuter.) Amlich wird gemeldet, daß sich die Situation im Nahen Osten wesentlich gebessert hat, da sich die Türken von Grenzjü zurückgezogen haben und die Militärbehörden bezüglich der Entwicklung der weiteren Ereignisse in der neutralen Zone keine Befürchtungen mehr hegen. Offiziell wird gemeldet, daß morgen zwei Konferenzen in Madania stattfinden werden. General Harrington wird mit Rhemal über die Bedingungen der Evakuierung der neutralen Zone verhandeln und daneben werden die alliierten Generale mit den türkischen Delegierten bezüglich der Regelung des interimistischen Status für Thrazien Beratungen pflegen. Es hat den Anschein, daß Großbritannien geneigt wäre, die Räumung Istanbuls in Erwägung zu ziehen, wenn sich die Türken zuerst von dort zurückziehen.

Rhemals Friedensbereitschaft.

Paris, 1. Oktober. (Gavas.) Ministerpräsident Poincaré empfing gestern nachmittag den englischen und italienischen Gesandten. „Le Journal“ erfährt, daß er ihnen den Inhalt der Depesche Franklin Bouillons mitgeteilt und sie ersucht hat, ihre Regierungen über den Inhalt zu verständigen. Franklin Bouillon teilt mit, daß Mustafa Rhemal von friedlichen Bestrebungen durchdrungen ist und daß er bereit ist, unverzüglich Verhandlungen über die Waffenstillstandsbedingungen zu eröffnen. Franklin Bouillon bemerkt, daß die Türken die Zustimmung zur Besetzung Thraziens durch verbündete Streitkräfte während der Zeit, bevor die Friedenskonferenz zu Ergebnissen gelangen werde, ansprechen werden.

Einstellung des türkischen Vormarsches.

Paris, 1. Oktober. Jusuf Rhemal sandte am 29. September von Angora folgende Note an Poincaré: Ich beehre mich, Eurer Excellenz mitzuteilen, daß die Untertanen auf die Note der großen alliierten Mächte vom 23. September an die große Nationalversammlung der Türkei in einigen Tagen erfolgen wird. Im Vertrauen auf die Versicherungen, die Franklin Bouillon, der soeben beim Oberbefehlshaber der türkischen Armee eingetroffen ist, im Einverständnis mit den in Paris veranordneten Ver-

führung der Betriebe. Je mehr Arbeiter auf dem Pflaster liegen, desto eher werden sie, so kalkulieren die wohltätigen Brotgeber, bereit sein, durch Lohnreduzierungen die Kosten des Preisabbaues auf sich abladen zu lassen, wobei den Unternehmern noch das andere schöne Ziel vor Augen schwimmt: die Arbeiter in das alte Loch zu zwingen, auf daß die Unternehmer selber wieder die unumschränkten „Herren im Hause“ werden.

Diesem letzten Ziele streben sie nun mit verdoppeltem Eifer sowohl den Arbeitern wie den Angestellten gegenüber zu. Alle Schichten der Lohn- und Gehaltsnehmer sollen gründlich geduldet, verschüchtert und gedemütigt werden. Wenn vor kurzem beispielsweise die Bankherren, ohne vorherige Einvernahme mit den Angestellten, diesen einen Mas zumommen ließen, daß sie ihnen die fällige vierte Rate der Anschaffungsbeiträge am 1. Oktober nicht zur Auszahlung bringen werden, daß sie aber, voll der Gnade, ihnen diesmal einen Betrag „spenden“ wollen, der 75 Prozent des ihnen bisher vertragsgemäß zustehenden Anschaffungsbeitrages ausmacht, so offenbart dieses dreiste, herausfordernde Vorgehen deutlich die Absicht der Demütigung der Bankbeamten. Die reichen Banken, die nach wie vor ungeheure Gewinne einsacken, sind wahrhaftig auf den Betrag, den sie den Angestellten auf diese schäbige Weise abzwickeln, nicht angewiesen. Was sie damit bezwecken, das ist, ihnen den „Herrn“ und ihre eigene Abhängigkeit zu zeigen. Sie sollen zum Bewußtsein gebracht werden, daß sie, die „Untergebenen“, in die Festsetzung der Gehaltsbedingungen überhaupt nichts dreinzureden haben und daß dies ausschließlich Sache der Bankherren ist, von deren Wohlwollen es abhängt, wieviel diese ihnen an Gehalt hinzuwerfen gedenken. Den gleichen

Charakter trug die vor einigen Tagen von den Werken des Ostrauer Reviers erlassene Verkaufbarung an die Bergarbeiter, durch welche die Samstagsschicht verlängert und der Gehaltslohn um 30 Prozent durchschnittlich herabgesetzt wird, wobei gleichzeitig — damit die anderen sich fügen — die Entlassung eines Teiles der Arbeiterschaft angekündigt wird. Vom Gewissen gequält und von Skrupeln angekränfelt zeigen sich auch die Kohlenmagnaten wahrhaftig nicht.

Die Regelung der thrazischen Frage.

Paris, 1. Oktober. (Gavas.) Die Bedingungen, die zwischen Franklin Bouillon und Rhemal Pascha vorgelegt wurden, sind folgende: Thrazien wäre sofort durch alliierte Truppen zu besetzen, die vorläufig mit Hilfe von etwa 1000 Mann, die in Adrianopel zu stationieren wären, und mit Hilfe von kleinen Abteilungen, die an verschiedenen strategischen Punkten von Gallipoli unterzubringen wären, die Verwaltung zu sichern hätten. Die Verbündeten würden Thrazien in einem Monat einer Kommission übergeben, die von themalitischer Gendarmerie unterstützt sein würde; letztere würde dann bis nach Abschluß des Friedens in der Provinz bleiben. Franklin Bouillon betont, daß diese Lösung innerhalb 48 Stunden erfolgen müsse, da Rhemal Pascha darauf bestehe, daß Thrazien den Türken nicht in einem so verheerenden Zustande übergeben werde, wie sie Anatolien nach dem Rückzuge der Griechen vorgefunden hätten. Man würde also keine Zeit verlieren dürfen, und die vorgeschlagenen Maßnahmen durchführen müssen.

Während so das Unternehmertum durch schändlichen Mißbrauch der Macht, die ihm die gegenwärtige Krise verleiht, den rückständigsten, amgebeuteten Massenbewußtsein einhämmert, bemüht sich die kapitalistische Presse gelegentlich noch immer, den Arbeitern einzureden, der Klassenkampf sei verwerlich und sie möchte ihnen eine „nationale Einheitsfront“ als nützlich und heilbringender vortauschen. Dabei sieht sie nicht, oder will es nicht sehen, daß die Brutalität, mit der die jetzt sich allmächtig fühlenden Unternehmer sich als „Herren im Hause“ aufspielen, den denkbar eindringlichsten Lehrkurs zur Erziehung zum Massenbewußtsein bedeutet, eindringlicher wirkt, als es hunderte Reden sozialdemokratischer Redner vermöchten. Sie sagt dem Proletariat der Hand, wie jenem des Kopfes, daß es in der heutigen kapitalistischen Gesellschaft keine Menschlichkeit, kein Recht und keine Gerechtigkeit gibt, daß sie alle, vom Häuer im Schacht, bis zum Stehtragerproletariat im Bankpalast, Objekte für die Bereicherung und Herrschaft ihrer „Herren“ sind, und daß sie den Kampf gegen diese entrechtende Gesellschaft gemeinsam zu führen haben. Die Früchte der Lehren der gegenwärtigen, für das Proletariat so harten Zeit, werden nicht verloren gehen.

Die Vertretung Europas.

Berlin, 27. September.

In der erzkonservativen „Kreuzzeitung“ kommt man vor einigen Tagen einem Artikel lesen, worin das Verdienst herausgehoben wurde, das sich der demokratische Minister Rathenau um die Umwandlung von Vorschlägen für die Reparationen in Sachleistungen erworben habe. Nun ist Rathenau gerade deswegen von nationalistischen Nordbuben getödet worden, weil er das Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich auf eine gesündere Basis zu stellen suchte, und es könnte verwunderlich erscheinen, daß ein diesen Kreisen nahestehendes Blatt jetzt das Lob Rathenaus singt. Aber abgesehen davon, daß die Anerkennung eines Toten nichts kostet, soll die so spät geäußerte Befriedigung über das Sachleistungsabkommen nur dazu dienen, um den Ruhm des Herrn Stinnes in umso hellerem Lichte erstahlen zu lassen. Wenn das Wiesbadener Abkommen durchgeführt worden wäre, so hätten die Gewerkschaften einen erheblichen Einfluß auf die Ausführung der Sachleistungen bekommen und die Gewinne der Unternehmer am Wiederaufbau hätten vom Staat kontrolliert werden können. Der Vertrag Stinnes-Lubjacz dagegen schaltet die öffentliche Aufsicht aus und sichert den beteiligten Kapitalisten einen riesenhaften Gewinn. Ist es daher nicht verständlich, daß jedes kapitalistisch fühlende Herz den toten Rathenau preist, weil er das Bett bereitet hat, in das sich, gegen seinen Willen, jetzt die großen Profitmacher legen können?

Beim Stinnes-Lubjacz-Abkommen ist es nicht geblieben. Bald ist ihm der Vertrag gefolgt, den der Lehrer- und Siemenskonzern mit einer französischen Interessengruppe abgeschlossen hat; dann kam eine württembergische Gruppe, eine bayerische Gruppe, und schließlich wurde das Abkommen des Sichelkonzerns bekannt gegeben. Wenn auch Einzelheiten über das zuletzt genannte Geschäft nicht mitgeteilt wurden, so dürfte es sich doch hierbei, wenn auch nicht um das umfangreichste, so doch um das bemerkenswerteste aller Wiederaufbauabkommen handeln. Denn der Sichelkonzern ist keine deutsche Gruppe, sondern ein internationales Trustgebilde, an dem deutsches, schweizerisches, französisches und holländisches Kapital beteiligt sind. Bleiben die sechs Prozent Provision, die sich Herr Stinnes ausbedungen hat, neben seinen sonstigen Gewinnen zuzusagen „im Lande“, so fließen die Profite, die der Sichelkonzern beim Wiederaufbau erzielen wird, zum größten Teil gleich in die Taschen ausländischer Kapitalisten, und auch das „neutrale“ Kapital darf an dem Segen teilnehmen, den nach dem Kriege jetzt noch die Wiedergutmachung über die Welt des Besitzes ausstreut.

Aber Stinnes und die Seinen wollen nicht nur die Wirtschaft beherrschen, auch die Politik soll ihren Interessen dienstbar sein. Es ist gerade in diesem Zusammenhang bemerkenswert, wie die Einigung der sozialdemokratischen Parteien auf das Bürgerturn gewirkt hat. Die rechtsstehende Presse jammert über die Radikalisierung der Sozialdemokratie durch den Hinzutritt der Unabhängigen, die Organe der deutschen Volkspartei verlangen, daß der Bürgerblock schleunigst gebildet werde, und die Demokraten haben nichts Eiligeres zu tun, als die Erweiterung der Koalition nach rechts zu fordern, also die Hinzuziehung der deutschen Volkspartei zur Regierung. Die Vereinigte Sozialdemokratie denkt gar nicht daran, die Geschlossenheit der Arbeiterklasse aufs neue dadurch zu gefährden, daß sie den Einfluß des großen Kapitals auf die Regierung stärkt. Aber selbst vom Standpunkt der bürgerlichen Demokratie aus gesehen, könnte jetzt nichts Törichtereres geschehen, als daß dem Großkapital noch politisch in den Sattel geholfen wird, nachdem es wirtschaftlich sich schon an die Spitze geschoben hat. Wenn die Abkommen der Stinnes und Konsorten mit dem französischen Kapital einer Ergänzung bedürfen, so nur in dem Sinne, daß sie nach Möglichkeit dem Reiche und der Arbeiterklasse nutzbar gemacht wird.

In etwa vierzehn Tagen tritt der deutsche Reichstag wieder zusammen. Er wird schleunigst zu prüfen haben, inwieweit die Tiefengewinne der Aufbaukapitalisten von den Steuerbehörden erfährt werden können. Wir haben die gesetzlichen Bestimmungen dazu, nun kommt es nur darauf an, sie auch entsprechend anzuwenden. Bisher haben es die Unternehmer ganz vortrefflich verstanden, ihre Profite zu verkleinern und den arbeitenden Massen die Hauptlasten für den Staat und die Reparationen aufzulegen. Eine der ersten Taten der Vereinigten Sozialdemokraten muß sein, diesem standalösen Zustand ein Ende zu machen und die Mitverantwortung für eine Regierung abzulehnen, die entweder zu schwach oder ohne den guten Willen ist, den Eigentum der Kapitalisten zu brechen.

Dem der Weltlauf des Großkapitals nach dem Profit beschränkt sich nicht allein auf den Wiederaufbau, er greift jetzt auf ein Gebiet über, das ganz Europa angeht. Seit einiger Zeit schon wird behauptet, daß zwischen der französischen und der deutschen Schwerindustrie Verhandlungen im Gange seien, die die Herstellung einer Interessengemeinschaft zum Ziele hätten. Ein französisches Industrieblatt hat jetzt Näheres darüber mitgeteilt. Unter Führung vom Herrn Hugo Stinnes soll die rheinisch-westfälische Industrie Koks nach Lothringen liefern, die lothringischen Industriellen wiederum wollen dafür Erze und halbverarbeitete Rohstoffe an das Ruhrgebiet abgeben und zwar zu besonderen Bedingungen, um einen Ausgleich für die hohen Frachtkosten herbeizuführen. Die Hütten und Hochofen, die in Rheinland-Westfalen als Ertrag für die in Lothringen verloren gegangenen Betriebe gleicher Art jetzt gebaut werden, will man wieder stilllegen, als Gegenleistung bieten die lothringischen Industriellen ihren deutschen Kontrahenten die Beteiligung an größeren Werken bis zu 25 Prozent des Aktienkapitals an. Diese Mitteilungen sind zwar demotiviert worden, aber trotzdem steht es fest, daß derartige Pläne in Vorbereitung sind und ihrer Verwirklichung entgegengeführt werden sollen.

Die Verrückung der rheinisch-westfälisch-lothringischen Schwerindustrie würde nichts anderes bedeuten, als daß die wichtigsten Rohstoff- und Verarbeitungsgebiete des kontinentalen Europas der Herrschaft einer Handvoll Kapitalismagnaten unterstellt werden. Diese können dann nicht nur die Preise für Kohle und Eisen diktiert, sie sind auch imstande, alle anderen Industrien zu kontrollieren und maßgebend zu beeinflussen. Hugo Stinnes selbst hat ja schon ein Beispiel davon aufgestellt, wie er sich die weitere Entwicklung der Wirtschaft vorstellt. In seiner Hand vereinigt sich jetzt der gesamte industrielle Produktionsprozeß. Er verfügt über Bergwerke, Eisenhütten, Walzwerke, Waggonfabriken, Schiffswerften, Automobilfabriken, er kontrolliert große Baunternehmen, er unterhält eigene Transportgesellschaften und Verkaufskontore. Ihm untersteht ein riesenhafter Waldbestand, aus dem er Zellstoff herstellt, um damit Zeitungen drucken zu lassen, mit denen er die öffentliche Meinung beeinflussen kann. Auf diese Weise soll auch, daran kann nicht gezweifelt werden, der deutsch-französische Traktat weiter gebildet werden. Schon jetzt kontrolliert Stinnes auch außerdeutsche Großunternehmen, wie zum Beispiel die Alpine Montangesellschaft in Deutschland-Oesterreich. Er ist dabei, sich auch in Rußland eine maßgebende Anteilnahme am Wiederaufbau zu sichern. Europa soll, wie man das kurz zu nennen pflegt, „stinnesiert“ werden. Das Großkapital will sich die ganze Wirtschaft untertan machen.

Das alles ist reale Wirklichkeit und nicht etwa die Ausgeburt einer ausschweifenden Phantasie. Der französisch-kontinentale Imperialismus soll seiner Vollendung entgegengeführt werden. Es ist aber kaum anzunehmen, daß der englische Imperialismus sich gutwillig des europäischen Marktes berauben lassen wird. Kommen die deutsch-französischen Traktatpläne zur Ausführung, so können sie leicht eine Wirkung ausüben, die über die Folgen des Weltkrieges weit hinausgeht. Nicht nur die deutsche und die französische Arbeiterklasse, sondern das Proletariat aller Länder hat daher die Pflicht, diese Vorgänge aufs schärfste zu verfolgen und rechtzeitig vorbeugende Maßnahmen zu treffen. Nicht etwa, als ob wir die Vervollkommnung des Produktionsprozesses unerwünscht wollten; wohl aber müssen wir verhindern, daß aus dem Weltlauf des internationalen Kapitals nach dem höchstmöglichen Profit ein Todesmarsch für das Proletariat wird.

Bereitet die Arbeiterpresse.

Ein Beschluß der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Gegen die Erhöhung der Getreideumlage.

Berlin, 2. Oktober. Im Reichstage hat heute die erste Sitzung der Fraktion der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei stattgefunden. Es wurde mit großer Mehrheit beschlossen, die verlangte Erhöhung für das erste Drittel des Umlagengeldes abzulehnen. Dieser Beschluß kann zu ersten politischen Folgen führen, wenn die bürgerlichen Parteien sich nicht

eines Besseren besinnen und gleichfalls die unbedingten Forderungen der Agrarier zurückweisen. Im übrigen verlief diese erste Sitzung der vereinigten Fraktion in vollster Harmonie. Die Debatte wurde durchaus sachlich geführt und es besteht die beste Aussicht auf eine fernere gute Zusammenarbeit.

Der Wiederaufbau der zerstörten Gebiete.

Ein Vertrag zwischen Franzosen und deutschen Arbeiterorganisationen.

Berlin, 2. Oktober. Nachdem bisher nur mit kapitalistischen Gruppen Sachlieferungsabkommen abgeschlossen wurden, steht nunmehr auch der Abschluß des ersten Lieferungsvertrages zwischen den Franzosen und einer deutschen Arbeiterorganisation bevor. Am 8. Oktober trifft eine Abordnung des französischen Aktionskomitees für die zerstörten Gebiete in Berlin ein, um hier das Abkommen zu unterzeichnen, das bisher in einer Reihe von Einzelbesprechungen abgelehnt worden ist. Deutscher Kontrahent ist der Verband für soziale Baubetriebe, der unter der Leitung der sozialistischen Abgeordneten Silberknecht und Dr. Heinrich Wagner steht. Die Verhandlungen werden schon ungefähr seit einem Jahre geführt. Sie stehen aber bisher auf einem ziemlich festigen

Widerstand der französischen Regierung. Die französischen Industriellenkreise wehrten sich lebhaft dagegen, daß der erste Lieferungsvertrag gerade mit einem deutschen Arbeiterverband abgeschlossen werden soll und sie übten deshalb auf die Pariser Regierung einen starken Druck aus. Mit dem Abschluß des Stinnesvertrages hat nun der Widerstand des französischen Kabinetts aufgehört und am 22. September fand in Köln zwischen Vertretern der beiden Organisationen eine letzte Besprechung statt. Die Unterzeichnung des Vertrages wird jetzt in Berlin stattfinden. In dem Abkommen sind neben ausgedehnten Sachlieferungen auch die Entsendung deutscher Arbeiter nach Nordfrankreich vorgesehen.

Inland.

Der Ausschluß der Opposition aus der kommunistischen Partei wird wohl nicht ohne Weiteres bleiben. Die kommunistische „Straß-Edu“ in Prag hat veröffentlicht einen Aufruf der Opposition, in dem es heißt:

„Die Reichskonferenz der kommunistischen Partei vom 25. September hat sich das Recht angeeignet, aus der Partei vom Parteitag gewählte Mitglieder des erweiterten Vollzugsausschusses deswegen auszuschließen, weil sie angeblich die Disziplin der Partei durch Vererbung von Fingerringen an Organisationen gesichert hätten. Die Reichskonferenz hat aber bei diesem Beschluß selbst das Organisationsstatut der Partei außer acht gelassen, denn nach diesem werden die Mitglieder des Vollzugsausschusses nur vom Parteitag gewählt und abberufen. Der Ausschluß aus der Partei kann daher nur von den Lokalorganisationen durchgeführt werden. Die Reichskonferenz ist bloß eine beratende Körperschaft, aber keine Körperschaft, die Entscheidungen beschließen kann. Daher betrachten wir unseren Ausschluß als ungültig und protestieren dagegen vor der gesamten Arbeiterschaft.“

Die Geschichte der Führung der kommunistischen Partei ist eigentlich ein ununterbrochener Kampf zwischen den Genossen die grundsätzlich kommunistisch denken, und zwischen den Genossen, die eine allzu starke aktionsfähige Partei fürchten.

Die Ausschließung wurde mit 41 gegen 22 Stimmen beschlossen, die wollten, daß die Angelegenheit der kommunistischen Internationale übergeben werde. Die Entscheidung fiel in den späten Nachstunden, als ein Teil der Arbeiterdelegierten weggegangen war und auf der Konferenz nur die Angestellten der Partei blieben. Wir haben den Eindruck, daß Amerals Gruppe das Zerbrechen der kommunistischen Partei auf jeden Fall wollte, damit in der Zeit, in der die Arbeiterschaft zu toten greifen soll, die Partei zu nichts

anderem fähig wäre, als in die Regierung einzutreten. An der Sache ändert nichts, das für den Ausschluß auch der Vertreter der kommunistischen Internationale war, welcher in den zwei Tagen es nicht für nötig fand, mit uns zu sprechen, und daher über die Situation nicht richtig informiert sein konnte.

Wir erkennen selbstverständlich die Ausschließung, die gegen das Organisationsstatut vorgenommen wurde, nicht an und wenden uns öffentlich an die Arbeiterschaft. Wir fordern die rascheste Einberufung des kommunistischen Parteitag, damit dieser über den Streit entscheidet.“

Dasselbe Blatt teilt auch mit, daß die Plenarversammlung der kommunistischen Organisationen in Prag die Ausschließung ihres Genossen Hef nicht anerkennt, weil sie dem Organisationsstatut widerspricht. Es dürfte also die kommunistische Exekutive wohl bald mit neuen Ausschließungen vorgehen müssen.

Klerikale Gefahr. Die tschechischen Klerikalen jubeln über ihre letzten Gemeindevahlerfolge. Sie beurteilen demgemäß die kommende politische Situation und träumen von ihrer politischen Macht, die natürlich noch weit gewaltiger wäre, wenn ein einheitlicher Klub der Klerikalen bestünde, dem die Slowaken angeschlossen wären. Um das zu erreichen, gehen sie sogar so weit, daß sie erklären, für eine verständige administrative Autonomie der Slowakei zu sein. Diese Träume und dieses Kokettieren der tschechischen Klerikale mit der slowakischen Volkspartei darf keineswegs zu leicht genommen werden. Die klerikale Gefahr in diesem Staat besteht. Wenn auch die Gemeindevahlerfolge der tschechischen Klerikalen nicht überschätzt werden dürfen, so beweisen sie doch, daß die durch die Verweisung an der gegenwärtigen Politik irreführende Masse, wie es schon so oft geschah, wieder einmal das letzte Heil in der Flucht — zur Kirche versucht. Sicher wird sich ihm dieses Heil bald als Unheil offenbaren. Aber wozu die Vergewandung an Kraft, wozu die nutzlosen Schmerzen der Erkenntnis? An die

tschechischen Genossen ist vor allem unser Appell gerichtet: Wo Zeit verloren geht, geht Kraft verloren. An ihnen liegt es zu allererst, der klerikalen Gefahr in diesem Staat vorzubeugen.

Also doch eine Herabsetzung der Staatsbeamtengehälter? Gelegentlich einer Meldung über die Neubildung des Kabinetts verkündet der gestrige „Pondělák“: „Es wird das eine „starke Regierung“ sein, welche mit aller Kraft an der Konsolidierung der Nachkriegsverhältnisse und an der Festigung des Staates und seiner Einrichtungen arbeiten will.“ Und wie diese „starke Regierung“ arbeiten will, das ergibt sich aus einer anderen Meldung desselben Blattes, welche betitelt ist: Um wieviel die Gehälter der Staatsbeamten herabgesetzt werden.“ In diesem Artikel wird die Herabsetzung als fertige Tatsache hingestellt. Dadurch soll angeblich das sonst nicht ersichtbare Defizit des Staatsbudgets ausgeglichen werden. Den diesbezüglichen Beschluß soll der Ministerrat am 23. September gefaßt haben. Und zwar will man — so lautet die genaue Meldung — am Personalaufwand 264 Millionen Kronen durch Einführung eines fünfprozentigen interkalaren Abzuges ersparen. Die Beförderung der Beamtenschaft soll künftighin wie beim Militär erfolgen: nur zweimal im Jahre, am 1. Mai und am 1. November. Von allen übrigen Posten sollen weitere fünf Prozent getrieffen werden, was zumindest 800 Millionen bedeutet, von denen ungefähr die Hälfte auf das Konto der Staatsbeamten entfällt. Der Grundgehalt soll nicht angefasst werden, aber die verschiedenen außerordentlichen Zulagen, Prozente, Entlohnungen denkt man herabzusetzen. Die Notauskünfte werden angeblich auch nicht in das kommende Jahresbudget aufgenommen werden. — Die tschechischen Blätter, welche diese Nachricht reproduzieren, schlagen den pflichtgemäßen Rabau, der im Grunde genommen mehr salbungsvoll warnend als sachlich wahr klingt. Denn die tschechischen Parteimänner, die ihren Blättern diese Informationen gegeben haben, werden — davon haben sich die Staatsbeamten bereits einmal, und zwar im Dezember des vorigen Jahres gründlich überzeugt, — wenn es zur Abstimmung über die Herabsetzung der Staatsgehälter im Parlamente kommen wird, aus „staatsberhaltenden“ Motiven die Notwendigkeit des Abbaues mit verschämter stiller Handrehebelung zugeben und es wird sich vielleicht wieder ein tschechischer Alexander finden, der mit feinstem Bäuchlein und christlicher Nächstenliebe die Selbstverständlichkeit dieser Maßnahme begründen wird. Denn eine „starke“ Regierung wird und kann ja nie dulden, daß ihr Salt, an den sie sich klammert, der Militarismus, abgebaut wird, daß vor allem in diesem Ressort die Sparsamkeit einsehen muß. In diesem Staat weiß man leider noch immer nicht, daß die Stärke einer Regierung nicht in einem nach außen hin starken Militarismus, sondern weit eher in einem zufriedenen, gesunden Beamtentum besteht. Wenn das Beamtentum in seiner inneren Kraft derart geschwächt wird, dann hat sich der Staat seiner eigentlichen Stärke selber beraubt und kein noch so starker Militarismus wird ihm helfen können.

Die tschechischen Nationaldemokraten gegen eine Herabsetzung der Staatsangestelltengehälter. Das tschechische Pressebüro meldet: Das Präsidium des Exekutivausschusses der tschechisch-nationaldemokratischen Partei hielt heute unter Vorsitz des Senators Dr. Franta eine Sitzung ab. Nach Erledigung von Organisationsangelegenheiten wurde über die Frage der Gehältern beraten und nach zuverlässigen Informationen konstatiert, daß die in gewissen Blättern verbreiteten beunruhigenden Meldungen über die Herabsetzung der Gehälter der Staatsangestellten nicht auf Wahrheit beruhen. Es soll im Gegenteil den Staatsangestellten eine Ruhepause bis zu der Zeit gewährt werden, bis die Verbilligung offensichtlich sein wird. Falls von

Kostoplin — Weichsel — Beuve Cliquot.

Von Elise Feldmann.

Brauntweinschänke. Verkaufspult. Ein Tisch mit einer Bank. Ein eiserner Teekessel unter einer Gasflamme.

Am Fußboden liegen zwei; der eine hat einen Hut, der andere die Kappe schief übers Gesicht; sie lächeln und lallen.

Zwei sitzen auf der Bank, vor sich eine Bierzellertischplatte mit Glas.

Einer steht beim Ofen und trinkt ein Glas Tee mit Rum.

Die zwei auf der Bank sprechen über Politik. Ihr Reden wird bereits unzusammenhängend. Der eine spricht, der andere hört zu; dabei trinken sie unablässig.

„Hast du eine Frau?“ fragt der eine.

„Ja.“

„Und Kinder?“

„Drei. Aber meine Frau ist ein „Mensch“.“

„Ja, ja.“ sagt der andere mit schwerer Zunge, „die Weiber sind alle nichts wert.“

„Und wir.“ sagt der am Boden plöschend, „was sind denn wir wert?“

„Kunden von der Straße kommen, alte Weiber, Männer — Kinder holen für den Vater — auf dem Wege kosten sie davon.“

Die Frau des Brauntweinschänkers kommt; sie holt sich noch etwas Wirtschaftsgeld, greift in die Lade und geht dann mit der Einkaufstasche davon.

Bald kommt auch ein junger Mann herein, ein Schüler mit lateinischen und griechischen Büchern unter dem Arm; der Sohn des Schänkers. Er muß sich Lehrmittel besorgen, verlangt vom Vater das Geld. Dieser greift in die Lade.

Sonnenlichter tanzen durch die Fensterscheiben herein, bleiben am Boden liegen, spielen in den blinzelnden Augen der Trunkenen.

Eine weinende Frau reißt die Ladedtür auf: „Wieder find' ich dich hier.“ jammert sie. Erst will sie ihm aufstehen helfen, dann sagt sie leise, hinter knirschenden Zähnen: „Rein, bleib — bleib, wo du bist — komm nicht mehr — laß dich nie wieder blicken.“

Der Betrunkene versteht nichts — er läßt schlafen — schlaf — fen...“ und er umarmt den schmierigen Fußboden.

Der Tee mit Rum trank, macht sich zum Gehen bereit — „Arbeite.“ sagt er und schreitet lählim hinaus. Der Betrunkene zeigt seine Arbeitslofen-Papiere und erklärt, daß er keine Arbeit finden kann — „und jetzt bin ich verkommen — jetzt erhol ich mich nicht.“

Der beim Tisch sagt: „Heute morgens war ich wie ein neugeborenes Kind, unschuldig war ich und gut — gut — nichts Schlechtes im Sinn — jetzt bin ich Satan — ich bin Satan!“ er stemmt seine Fäuste gegen den anker — der wehrt sich, es sieht einen Augenblick aus wie eine ernste Rauferei, dann lachen sie und fallen einander um den Hals — jedem wird übel, von dem

Dunste, der ihm aus dem Munde des andern entgegen schlägt, und jeder wendet sich geehrt ab.

Der eine läßt sich die Flasche wieder füllen. Das schwächliche Männchen besorgt es leise — wie auf Regenpfoten schleicht es an den Tisch, holt die Flasche, hält sie an ein Fäßchen, dreht den Hahn, läßt eine gelbe, dann eine braune Flüssigkeit hineinfließen und stellt sie rasch und unhörbar wieder auf den Tisch, nimmt die Geldnoten in Empfang und gibt sie in die Lade.

Der Trunkene schenkt sich das Gläschen voll:

„Ich tu's nur, weil ich traurig bin — und traurig bin ich — weil ich Kinder hab.“

Er schenkt sich ein zweites Gläschen voll, trinkt es langsam, wollüstig aus. Sein Gesicht ist blaurot, seine Stirn und Schläfen sind glühend — sein Kopf fällt auf den Tisch:

„Traurig bin ich — weil ich Kinder hab — die Vater sagen — Vater — Vater.“

Die Mittagsglocken beginnen zu läuten... Ein Erlustigungsort. Ein Saal; in der Mitte ein Podium. Musikanten. Weiß gepofterte trauliche Logen mit verschleißbaren Vorhängen, großen roterhängten Lampen, dicke Teppiche. Kellner im Frack und unwahrscheinlich weißen Vorhemden, mit raucheröteten, entzündeten Augen.

Es ist nach Mitternacht. Kellner bringen die Eisbüchel mit dem Schaumwein.

Die Musikanten spielen.

Die Musik ist unendlich vernachlässigbar. Sie schmeinen auch gar nicht zu wissen, was sie spielen. Niemand hat darauf acht. Die Zeit ist vorgerückt. In jeder der vielen kleinen „Logen“ sitzen ein Herr und eine Dame.

Und es ist wie von Wienensgumm an einem Hochsommermorgen, ein leises Geräusch, von

Flüstern, Seufzern und Richern.

Alle Paare sind betrunken oder sehr „angeheitert“, ihre Gesichter sind aufgeregter und erhit. Alkohol, Erotik.

Keiner von den Herrn hat ein bemerkenswertes Gesicht, es sind Figuren im Frack, Stulgestalten aus einem Fiebertraum und die Damen mit den Modeshüten und den Modekleidern haben nicht das Antlitz von Frauen, Gattinnen, Müttern, Schwestern, sie sehen trotz ihrer leuchtenden Farben Gespenster gleich — einer Vision des Malers Francesco Goya.

Und doch ist das alles Wirklichkeit — und warmes, entsetzliches Leben.

Das erste Paar entfernt sich.

Es nimmt einen Wagen. Bevor sie einsteigt, fragt die Dame ihren Herrn, wie er heiße — er sagt, er werde es ihr morgen sagen, der Name hätte nichts zu bedeuten.

Ein anderes Paar spricht auf der Treppe von Geld und Geschenken, es ist, als könnten sie nicht einzig werden, und es folgen auch ein paar ungarische Worte.

Aber jetzt gehen alle auf einmal.

Die müden Kellner stecken gleichgültig Trinkgelder ein. Sie sind bleich und nahe davon, ohnmächtig zu werden, von der unnatürlichen Luft — Parfüm und Rauch —, in der sie Abend für Abend atmen müssen.

Auch das letzte Paar verläßt den Saal. Beide sind noch sehr jung. Aber auch in ihren Gesichtern ist nichts Menschliches. Das sind keine Liebenden: das alles sind Gefallene, Gefunkene, Verführte —

Wie unglücklich sind diese Menschen, die im betrunkenen Zustande ein Liebeserlebnis haben. Wie unglücklich sind sie heute, wie noch unglücklicher werden sie morgen sein.

einer anderen Seite eine gegenseitige Anregung erfolgen sollte, würde die Partei ihre Kräfte anspannen, damit die Staatsangestellten nicht vergrößert werden.

Verband der deutschen Selbstverwaltungskörper.

Der zweite Verhandlungstag. — Der Schulkampf.

Referent Dr. Bed. Managaita (Leiter der Kanzlei des Schulausschusses des Verbandes) schilderte in seinem Referate die Verhandlungen des deutschen Schulwesens und gab einen Überblick über die von den deutschen politischen Parteien durchgeführten Aktionen. Aus dem vorgebrachten Materiale seien folgende interessante Ziffern hervorgehoben: Ende des Jahres 1918 gab es 8178, Ende 1919 8101, und am 1. September 1920 7908 deutsche Klassen, im heutigen Jahre nur mehr 7278, demnach ist ein Gesamtverlust von 900 deutschen Schulklassen zu verzeichnen. Sogar ergibt sich bei den deutschen Schulen ein Massenüberschuss von 51,5 Kindern, bei den tschechischen nur von 50,6 Kindern.

Es wurde ferner eine Entschliessung angenommen folgenden Inhaltes:

Die Verfolgung des deutschen Schulwesens durch die tschechische Regierung dauert unvermindert fort, der Unterricht deutscher Kinder in ihrer Muttersprache wird nach wie vor erschwert oder ganz unmöglich gemacht. Seit neuestem bedient sich die tschechische Bürokratie in diesem Streben auch einer gekünstelten oder sinnwidrigen Auslegung des sogenannten kleinen Schulgesetzes, um deutsche Schulklassen aufzulassen und die Aufnahme deutscher Kinder in deutsche Schulen zu verhindern; die Weiterführung aufgelassener Schulklassen durch Privatunterricht werden große Schwierigkeiten bereiten. In der Erwägung, daß die Erziehung des Nachwuchses eine der wichtigsten Aufgaben jedes Volkes ist, aber keine Hoffnung besteht, der tschechische Nationalstaat würde diesen Grundsatz loyal anerkennen, trotzdem die Erziehung nach den Bestimmungen des Friedensvertrages über den Schutz der Minderheiten als Recht des betreffenden Volkskommunes anerkannt wurde, erwartet die Hauptversammlung, daß die deutschen Selbstverwaltungskörper auch in Zukunft alles anwenden werden, um die gegen das deutsche Schulwesen geführten Angriffe zu vereiteln und beauftragt den Vorstand, diesen Kampf durch den Schulausschuss tatkräftig zu unterstützen.

In der Debatte zu diesem Punkte wurden von den Teilnehmern der Tagung eine Reihe von sachlichen Anregungen vorgelegt, die dem Verbandsvorstande zur Durchberatung überwiesen wurden.

In den Vorstand des Verbandes der deutschen Selbstverwaltungskörper wurden folgende Genossen gewählt: Genosse Abgeordneter Cermak als Vorsitzender-Stellvertreter, weiters Schlohnid-Sternberg, Bötzl-Auffig, De Witte-Karlsbad, Gohl-Warnsdorf, Uhlir-Graupen.

Erwähnt sei ferner, daß der Verband der öffentlichen Angestellten (Reichenberg) eine Erklärung abgab, in der er sich scharf gegen die beabsichtigte Verstaatlichung der Kommunalpolizei wendete.

Ausland.

Die Kleine Entente, der Gendarm der „Großen“.

Daß Frankreich sich als Sommer der Tschechoslowakei, Jugoslawiens und Polens aufspielt, weil es sie als Kolonien seiner Kapitalisten und als vorzügliche Grenzwächter betrachtet, die bereit sind, dem Deutschen oder Russen jederzeit an die Leine zu springen, haben wir immer behauptet. Aber wir haben nicht vermutet, daß die Regierungen der „Kleinen“ sich dessen auch noch rühmen werden, denn allzu rühmlich ist das ihnen übertragene Geschäft nicht. Nun wird das Unbegreifliche dennoch Ereignis. Das amtliche Presbüro verbreitet nämlich allen Ernstes folgende Notiz: „Le Journal“ hält in einem Artikel über die Lage im Osten den Umstand für besonders bemerkenswert, daß England, welches bisher unverhüllt eine gewisse Kühle gegenüber Polen und der Kleinen Entente an den Tag gelegt hat, nunmehr seinen Standpunkt geändert hat. Es hält jetzt diese befreiten Staaten nicht nur nicht für eine Gefahr für den Frieden in Europa, sondern drängt sogar darauf, daß sie zur Wiederherstellung ruhiger Verhältnisse im Osten beitragen sollen. Le Journal schreibt: Mit Freude verzeichnen wir, daß England nunmehr den Wert anerkennt, welchen jene politische Gruppierung für Europa und für die ganze Menschheit besitzt, deren vielversprechende Entwicklung Frankreich schon lange vorher begrüßt hat.“ Was soll der Stolz auf diese Presseäußerung? Sie besagt ja doch nur, daß nun auch England die Gendarmenrolle der Kleinen Entente anerkennt und in Zukunft die Gnade haben wird, sie vorzuschicken, wenn es irgendwo eines Mittels bedarf.

Finanzkrise in Konstantinopel.

Konstantinopel, 30. September. (Sabas.) Hier ist eine Finanzkrise ausgebrochen. Die Regierung hat die Gehälter der Beamten nicht ausbezahlt.

Wirtschaftskrise und Teuerung.

Revierkonferenz in Oltau.

Septe Vorkläge der Arbeiterschaft. — Vereitigung zur Abwehr.

Mähr.-Ostau, 1. Oktober. (Tsch. P.-B.) Heute fand im Volkshause in Lagg die Revierkonferenz der Vertrauensmänner der Bergarbeiter, an der die Arbeiterschaft aller Gruben- und Kokswerke des Ostau-Mähriner Reviers durch mehr als 500 Vertrauensmänner vertreten war, statt. Sie beriet über Schritte, die unternommen werden müssen und über die Art des Abwehrkampfes. Es wurde beschlossen, daß die Oberschichtarbeiter und die Arbeiter in den Kokswerken es entschieden ablehnen, nach der neuen Rundmachung zu arbeiten, und sich nur wie bisher an der Arbeit zu beteiligen. Schließlich wurden zwei Resolutionen angenommen, von denen die eine konstatiert, daß die Bergarbeiterschaft durch Vermittlung ihrer Vertreter alles getan habe, um ein Einvernehmen zu erzielen um den Streit friedlich zu regeln. Trotz der bisherigen erfolglosen Verhandlungen über ein Einvernehmen unternimmt die Konferenz den letzten Versuch zu einer friedlichen Beilegung des Streites und schlägt diesen Vermittlungsantrag vor: Der Lohnabbau soll nach sicherer gestellter Verbilligung der Lebensmittel im Sinne der beiderseits von den Vertretern der Bergarbeiterschaft beantragten Abzuges vom Gesamtbezüge erfolgen und zwar bei allen Arbeitern ohne Rücksicht auf die Schichtanzahl in der Höhe von 20%. Falls im ganzen Revier wenigstens mit fünf Schichten wöchentlich gearbeitet werden wird, werden 25% vom Gesamtlohn abgezogen. Was die Arbeitszeit anbelangt, beharrt die Konferenz an dem von den Bergarbeitervertretern bei den früheren Verhandlungen gemachten Vorschlag mit dem Vorbehalt, daß der jetzige den Lohn betreffende Antrag von den Unternehmern angenommen werden wird und daß sämtliche übrigen Bestimmungen des bisherigen Vertrages unverändert weiterhin in Gültigkeit bleiben. Die Frist zur Einbringung der Antwort wurde bis Samstag, den 7. Oktober, 12 Uhr mittags festgesetzt.

In der zweiten Resolution beschließt und beharrt die Konferenz darauf, daß unverzüglich die Reichskonferenz der Bergarbeiter einberufen werde, damit sie diesbezügliche Beschlüsse über die Art des Abwehrkampfes gegen das Diktat der Unternehmer treffe. Weiters wird die Konferenz aufgefordert, dem Präsidium aufzuerlegen, sich an die tschechoslowakischen Gewerkschaftsvereinigungen zu wenden, hauptsächlich an die Eisenbahnangestellten, mit der Aufforderung, solidarisch in den Kampf der Bergleute einzugreifen.

Den endgültigen Beschluß über die Art des Abwehrkampfes gegen den Angriff der Unternehmer wird die Revierkonferenz am 8. Oktober treffen. Wenn es den Oberschichtarbeitern unmöglich gemacht würde nach den bisherigen Schichten zu arbeiten, wird der Revierausschuss ermächtigt, den Abwehrkampf zu erklären. Die gesamte Arbeiterschaft wird zur Ruhe und Ordnung aufgefordert und sich nicht zu unüberlegten Handlungen herausprovozieren zu lassen.

Die Agrarier und die Getreidezölle.

Das landespolitische Komitee der ständigen Delegation der Landesparlamente, der Zentralorganisation der Landwirtschaft hat einen Beschluß gefaßt, wonach das handelspolitische Komitee an dem Standpunkt, daß Landwirtschaft und Industrie des Zollschutzes bedürfen, festhält. Es wird daher die Bewilligung von Agrarzöllen sowie die Herabsetzung der Industriezölle verlangt.

Tages-Neuigkeiten.

„Bruder, komm' zum Militär!...“

Gestern spät nachts noch gegen kleine Truppen junger Leute durch die Straßen der Großstadt. Fast jeder dieser Männer trug ein Köfferchen, andere wieder Rucksäcke und Päckchen. Und alle strebten jenen Häusergruppen zu, an denen diejenigen, die den Weltkrieg mitgemacht haben, nur mit einem unangenehmen Gefühl vorübergehen können. Denn für alle diejenigen, die durch die Hölle des Krieges gingen, begann in den Kiefernhäusern, die man Kasernen nennt, der fürchterliche Leidensweg, begann jene Zeit in ihrem Leben, die sie nutzlos für den unersättlichen Schirmherrn, den Imperialismus, verbringen mußten. Wir und das mehten sich während dieser „Großen Zeit“ in ihrem Herzen, da sie fern von ihrem Beruf und von ihren Lieben die Zeit totschlagen mußten mit Dingen, die das „Stahlbad“ des Krieges von ihnen heischte.

Gesund an Leib und Seele gingen Tausende durch die breiten Tore in die Kasernen hinein — doch diejenigen, die diese öden und freudlosen „Wohnstätten“ als Heimkehrer verließen, gingen eher Gespenstern denn Menschen. Durch die Massen der vom militärischen Joche einer Dynastie befreiten Völker ging, wie, schrie damals auf der Ruf: „Erwürgt den Militarismus!“

In den stillen Straßen der Großstadt widerhallen die gleichmäßigen Marschschritte der den Kasernen zueilenden Rekruten. Und jeder Zug, der in die Bahnhöfe einläuft, speit aus den Waggonen immer wieder neue Haufen von mit Koffern und Rucksäcken beladenen, resigniert

und zwar werden die sechsfachen Agrarzölle verlangt, wie sie vor dem Kriege gewesen sind. Das wäre also ein Mehlzoll von 90 Heller pro Kilogramm, wodurch das in- und ausländische Mehl um 90 Heller verteuert würde. Das muten die Herren Agrarier den Konsumenten in der Zeit der Wirtschaftskrise zu, tausende von Arbeitern sind arbeitslos, tausende arbeiten nur drei bis vier Schichten in der Woche und da wollen die Agrarier den Arbeitern noch das Geschenk eines teureren Mehlpreises machen. Ihre Unverschämtheit kennt keine Grenzen. — Bemerkenswert ist auch, daß, während Svehla mit der Formel jongliert: keine Agrarzölle und keine Industriezölle, die Gesamtorganisation der Agrarier im Beisein des Ministers Stanek sich für Industrie- und Agrarzölle ausspricht. Daran erkennt man den Schwund, den Herr Svehla mit dem Schlagwort betreibt.

Die neuen Löhne in der Glasindustrie.

Nach zweitägigen Verhandlungen, die zwischen der Organisation der Glasarbeiterschaft und den Industriellen geführt wurden, wurde eine Vereinbarung in dem Sinne getroffen, daß — wie das „Rude Pravo“ schreibt — die Löhne der Arbeiter um 25 Prozent herabgesetzt werden, ausgenommen die Löhne, die niedriger sind als 200 K wöchentlich, welche um 20 Prozent herabgesetzt werden. Diese Vereinbarung gilt bis 15. Oktober, worauf ein neuer Kollektiv-Vertrag in Kraft treten soll.

Lohnabbau in der Textilindustrie.

Unter Vorsitz des Obergewerbeinspektors Polorny fanden Samstag die Verhandlungen zwischen dem tschechischen Textilarbeiterverband und den Industriellen statt. Als Ergebnis der Verhandlungen ist die Herabsetzung der Teuerungszulagen vom 1. Oktober um 15 Prozent und vom 1. November um weitere 15 Prozent anzugeben. Die Unternehmer behielten sich ihre endgültige Zustimmung erst vor.

Stellungnahme der Eisenbahnbediensteten zum Abbau der Teuerung.

Die Lage in Westböhmen.

Die vereinigten Eisenbahner-Organisationen hatten für den 1. Oktober nach Karlsbad eine Protestversammlung gegen die geplanten Maßnahmen der Regierung einberufen, die von über 600 Eisenbahnern besucht war. Die Versammlung nahm unter stürmischer Zustimmung die Referate entgegen, worauf eine diesbezügliche Resolution einstimmig angenommen wurde.

Preisabbauquote in Erdweis.

In Erdweis (bei Smünd) fand am Sonntag eine Preisabbau-Enquete statt, der die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiterschaft sowie der Bund der Landwirte und die Gewerbetreibenden zugezogen waren. Nach lebhaften Auseinandersetzungen wurden folgende Preise vereinbart: Rindfleisch 10 K, hinteres 12 K (früher 14 K), Kalbfleisch 11 K (früher 16 K), Schweinefleisch 18 K (früher 22 bis 24 K), Bier 2.40 bis 2.60 K (früher 3.40 bis 3.60 K), Vollmilch 2.50 K (früher 3 K), Magermilch 1 K (früher 1.50 K). Die Gewerbetreibenden, Schuster, Schneider, Schmiede und Wagner verpflichteten sich, die Preise um 24 bis 40% herabzusetzen. Unsere Genossen in Erdweis und Umgebung haben durch ihre Zähigkeit und Ausdauer damit einen bedeutenden Erfolg errungen. Schließlich wurde noch eine Resolution einstimmig angenommen, in der gegen die Wucherpreise der Müller protestiert und die politischen Behörden zum Einschreiten aufgefordert werden.

und übermüdet dreinschauenden jungen Menschen heraus. Aufs neue widerhallen dann die Straßen vom Marschschritt Kasernenhungeriger...

Kasernenhungerig? Bürger, die ihr euch begeistert wie einst in der „großen, eisernen Zeit“, wenn mit klingendem Spiele eine Soldatenabteilung von Exzerzierplatz heimkommt, geht unter die einrückende Jugend und fragt sie, wie ihr zumute! Ich glaube, ihr werdet nicht sehr erbaudt sein über das, was ihr zu hören bekommt. Euer Begeisterung wird sich bald ins Gegenteil wandeln. r. h.

Eine Abrechnung mit einem Schulschling. Am Mittwoch, den 27. September d. J. fand im großen Hörsaal der Deutschen Technik in Brünn die erste Versammlung des neugegründeten Zentralrates statt, die von ungefähr 500 Eltern deutscher Mittelschüler Brünns besucht war. Zum ersten Punkte der Tagesordnung (Schulgeldansweise) sprach Direktor Sokurel. Er zerlegte die einzelnen Punkte dieser neuen Verordnung über die Schulgeldzahlung, wies auf den undemokratischen Geist, der in den Verordnungen steckt, hin, sowie auf die vielen Punkte, die klar zeigen, wie wenig durchdacht diese Verordnung ist und stellt schließlich den Antrag, die beiden parlamentarischen Verbände sind zu ersuchen, daß sie sich mit allem Nachdrucke für die Aufhebung dieser Verordnung einsetzen. — Prof. Flügel gab hierauf einen Einblick in die segensreiche Tätigkeit des Studenten-Krankenunterstützungsvereines und ersuchte die Eltern um kräftige Unterstützung dieses Vereines. — Zum mährischen Schulwesen sprach sodann, oftmals von großem Beifalle unterbrochen, Senator Polach. Ausgehend von der Bedeutung der Elternräte und von dem hohen Interesse, das gerade die Eltern an der Entwicklung der Schule hätten, ging er über auf die derzeitige Lage des deutschen Mittelschulwesens in Mähren und machte

in überzeugenden Worten Herrn Ministerialrat Dr. Jirngast für die vielen Uebelstände in diesem Schulwesen verantwortlich. In zahlreichen Beispielen, für die jederzeit der Wahrheitsbeweis erbracht werden könnte, schildert er die brutale Härte und Rücksichtslosigkeit des Landesinspektors Dr. Jirngast gegen Lehrer und Parteien, sein verlegendes und schiltanöses Benehmen bei Inspektionen und Reiseprüfungen, seine ganz ungläublichen Mißgriffe bei Qualifizierungen und seine planlos durchgeführten Dienstszumweisungen, durchwegs Vorfälle, die in ihrer Gesamtheit die Berufsfreudigkeit der Lehrerschaft herabdrücken mühten. Jirngasts unheilvollem Einflusse sei es auch zuzuschreiben, daß Männer durch seine Empfehlung an leitende Stellen kamen, die in keiner Weise für diese verantwortungsvollen Posten geeignet sind. Unter allgemeiner lebhafter Zustimmung der Anwesenden kommt Senator Polach zu dem Schlusse: Jirngast muß von seinem Posten, für den er in keiner Hinsicht die nötige Eignung besitzt, verschwinden. — Zum gleichen Thema sprach sodann Senator Teichner, der Obmann des Zentral-Elternrates. Auf Grund seiner Wahrnehmung konnte der Redner bestätigen, wie Jirngast seine eigenen Anträge verlegnet und die Schuld für Entscheidungen, die er selber durch seine Anträge veranlaßt hat, dem Ministerium zur Last legt. Er schildert sodann, wie derselbe Jirngast, der gegen andere so streng sein kann, als Direktor des Gymnasiums in Mähr.-Schönberg einen seiner Verwaltung anvertrauten Fonds so verwendete, daß die Organisation der Professoren in einem im Juni d. J. Herrn Jirngast überreichten Memorandum sagen mußte: „Diese Berechnung qualifiziert, falls die Vorwürfe nicht in einer vollkommen einwandfreien Weise entkräftet würden, Herrn Jirngast als einen Mann, der als Vorgesetzter weiterhin unmöglich ist.“ Er bringt sodann folgende Entschliessung zur Abstimmung, die einstimmig angenommen wird:

„Die im Namen von über 1700 Schülereatern am 27. September 1922 im großen Hörsaal der Deutschen Technik in Brünn tagende Elternversammlung der deutschen Mittelschulen Brünns erklärt in Erhebung wichtiger Schulinteressen, daß sie genötigt ist, Entschlüsse und Verfügungen der Schulbehörden, einer Richtung und Ziel gebenden Kritik zu unterziehen. Der gegenwärtige Referent für deutsche Mittelschulen im mährischen Landesparlament, Herr Ministerialrat Dr. Jirngast, ist seiner Aufgabe in keiner Weise gewachsen. Viele seiner Anträge und Verfügungen wurden selbst von Vätern auf dem Gebiete des Schulwesens als schwere Verstöße gegen die einfachsten pädagogisch-didaktischen Grundsätze erkannt. Seine Amtsführung hatte zur Folge, daß das gesamte ihm unterstehende mährische Mittelschulwesen in bedauerlicher Weise in seiner Entwicklung gehemmt wird. Seine Amtsführung, jedes guten Willens bar, ist schuld daran, daß in den Mittelschulen Jahr für Jahr immer erst mehrere Wochen nach Schulbeginn mit dem geordneten Unterrichte begonnen werden konnte. Dr. Jirngast ist schuld daran, daß die Berufsfreudigkeit der ihm unterstehenden Professoren einer für das Schulwesen höchst verhängnisvollen Berufsverdrossenheit gewichen ist, da seine Behandlung von Personalfragen und seine Qualifikation der Professoren von diesen in vielen Fällen als ungerecht, unsachlich und von persönlichen Beziehungen beeinflusst empfunden wird. Dr. Jirngast hat in vielen Fällen durch unwahre Berichte an das Ministerium oder an Beschwerde führende Parteien seine Maßnahmen zu begründen gesucht. Im Widerspruch mit den Vorschlagsvorläufen der Lehrkörper und den Wünschen der Eltern wurden von Jirngast Männer zu Direktoren vorgeschlagen, die von Haus aus der Mithandlung ihrer Lehrkörper begegnet, weil sie von diesen aus guten Gründen für unfähig gehalten, in einem bestimmten Falle als formlos erkannt wurden. Dr. Jirngast hat unter Außerachtlassung der Vorschriften ihm unangenehme oder unpopuläre Lehrer ohne Rücksicht auf ihre Fähigkeiten als Lehrer zu schädigen gesucht, bei deren amtlichen Beurteilung er sowohl infolge seines Mangels an Objektivität, als auch infolge seiner Urteilsunsicherheit die größten Mißgriffe beging. Da er mit besonderer Beschäftigung gegen Lehrer vorging, die aus Reinlichkeitsgefühl und um der Standesehre willen jede Art von Korruption in ihrem Amtsbereiche bekämpfen zu sollen für ihre Pflicht halten und dabei allerdings auch vor seinen Günstlingen nicht halt machen, erwies er sich geradezu als ein Hort und Beschützer der Korruption.“

Die Eltern legen auf das entschiedenste Verwahrung dagegen ein, daß Herr Dr. Jirngast weiterhin sein Amt annehme, zumal er sich nicht von dem Vorwurfe der unzulässigen Geldgebarung gereinigt hat, deren er sich in seiner Amtstätigkeit als Direktor im Mähr.-Schönberg schuldig machte. Dieser Vorwurf wurde ihm schriftlich vor drei Monaten mitgeteilt und kürzlich in einer Zuschrift des Reichsverbandes der Mittelschulprofessoren an die Lehrkörper veröffentlicht. Deshalb fordert die Elternversammlung aus all den angeführten Gründen den Herrn Dr. Jirngast mit allem Nachdrucke auf, von seiner Stelle zurückzutreten, für die er weder die erforderlichen Eigenschaften der Intelligenz noch des Charakters besitzt.

Die Elternschaft erhebt endlich die ernsteste Forderung an die Schulbehörden, daß auch kein Mann als Nachfolger bestellt werde, der ein Geistesverwandter Jirngasts oder ein Freund seines Systems ist. Die Eltern müssen vielmehr die Schulbehörden dringend ersuchen, an Jirngasts Stelle ungeachtet eines durchaus tüchtigen Schulmann von lautrem Charakter zu berufen.“

Es ist nur begreiflich, daß Herr Dr. Jirngast der an ihn ergangenen Einladung zu dieser Elternversammlung nicht Folge geleistet hat.

Glückliches England. Wie die englischen Blätter melden, übersteigen die Einkünfte der Staatskasse während der ersten sechs Monate des laufenden Finanzjahres (1. April bis 30. September) die Ausgaben um 56,469,568 Pfund Sterling, während in der gleichen Zeit des Vorjahres ein Defizit von 41,830,689 Pfund Sterling zu verzeichnen war.

Die Bedingungen für den tschechischen Kredit an Oesterreich.

„Rohle zu Regiepreisen“. Unter diesem Titel veröffentlicht der „Vorwärts“ vom 20. September 1922 eine Notiz, nach welcher angeblich der Abgeordnete Kůcera beim Eisenbahnministerium intervenierte, damit die pensionierten Eisenbahner Rohle zu Regiepreisen erhalten, nachdem ihnen die Rohle plötzlich um 200 Prozent verteuert worden ist. Nach einigen Urzügen soll endlich das Eisenbahnministerium der „Forderung“ der Abgeordneten Kůcera stattgegeben haben. Um jedoch alle Eisenbahner von dem eigentlichen Gergang zur Erlangung dieser nur zu berechtigten Forderung zu informieren, diene folgendes zur Kenntnis: Mit Erlaß Zahl: 42.113 1/2-21 vom 22. Feber 1922 hat das Eisenbahnministerium verordnet, daß den Perzipienten von laufenden Gnadengaben der Kohlenbezug bloß zum eigenen Einkaufspreise der Bahnverwaltung mit Zurechnung der Regiezufuhrpreisen bewilligt werden kann, nachdem bloß aktive Bedienstete und solche Bedienstete im Ruhestande einen Anspruch auf Regiekohle haben, welche den Anspruch auf eine ordentliche Pension erlangt haben. Der Zentralvertrauensmännerauschuß beim Eisenbahnministerium hat zu diesem Erlasse sofort Stellung genommen und seine Mitglieder, die Genossen Cech, Sebera und Kollegen Sadek damit betraut, beim Eisenbahnministerium die notwendigen Schritte zu unternehmen, damit auch den Perzipienten von laufenden Gnadengaben der Bezug von Regiekohle bewilligt wird. In einigen Zuschriften des Zentralvertrauensmännerauschusses an das Eisenbahnministerium sowie einigen persönlichen Interventionen der drei oben genannten Mitglieder des Zentralvertrauensmännerauschusses wurde dem Eisenbahnministerium der Standpunkt klargelegt und dieses hat darauf mit Erlaß Zahl: 23.863-1/2 vom 3. Juli 1922 entschieden, dieser Art von Ruhegehältern gleichfalls den Bezug von Regiekohle zu bewilligen. Der „Vorwärts“ stellt über diese Erregungsfähigkeit als einen „Erfolg“ des Abgeordneten Kůcera hin. Gerade der Verband der Eisenbahner war es, der durch seine Vertreter im Zentralvertrauensmännerauschuß ununterbrochen daran arbeiten ließ, um das Los der Ärmsten zu lindern. Dies als Klarstellung zum obervährten Artikel des „Vorwärts“.

Geschäft bleibt Geschäft. Auch in der Tschechoslowakei haben sich Blätter gefunden, welche die etwas leer gewordenen Kassen des ehemaligen „Herrschers aller Preußen“ durch bereitwillige Uebernahme seiner „Memoiren“ nachzufüllen sich beistehen lassen. Denn diese Blätter — „Prager Tagblatt“ und „Lidove Roviny“ — hoffen durch den Abdruck dieser „hochinteressanten“ Memoiren, die allerdings etwas länger als interessant geraten sind, neue Leser zu werben. Die Auffummere für diese Erinnerungen aus „guter, alter Zeit“ betrug bloß — zweieinhalb Millionen Mark für jedes Blatt. Die Rechnung der beiden Blätter scheint daher keine gute gewesen zu sein: denn niemand ist besonders neugierig darauf, was der „arme Mann“ aus Amerongen über seine verachtete Politik zu sagen hat. Das „führende“ deutsche Blatt der Tschechoslowakei rechnet aber noch auf etwas anderes. Es macht sich jetzt gut Freund mit der Reaktion, um gegebenenfalls (die Herren hoffen ja doch auf alles) als ein dem Monarchismus getreues Blatt seinen Profit einzustufen. Denn wenn man schon zweieinhalb Millionen in eine Sache steckt, so muß doch irgend ein Profit herauskommen! Geschäft bleibt ja Geschäft! Die Rechnung bezahlt der Leser, der auf Sensationsmacherei hineinfällt.

Vom Grenzverkehr nach Sachsen. Wie aus Dresden gemeldet wird, ist die tschechische Regierung bei der sächsischen Regierung wegen der Grenzverträge vorläufig geworden. Sie fordert eine wesentliche Erleichterung des Grenzverkehrs, beklagt sich über die scharfe Art der Behandlung der Passanten, rügt die Exzesse, die an vielen Stellen vorgekommen sind und stellt Abwehrmaßnahmen der tschechischen Regierung in Aussicht. Die Prager Regierung teilt nicht den Standpunkt Sachsens, daß es sich bei den Warentransporten über die Grenze nur um unbedeutende Ausfuhr handelt.

Der Festzug der tschechischen Sozialdemokraten in Prag. Aus Anlaß des 50jährigen Bestandes ihrer Partei veranstalteten die tschechischen Sozialdemokraten am Sonntag einen nachwollen Festzug durch Groß-Prag, an dem ungefähr 40 bis 50.000 Leute teilgenommen haben. Trotz des ungünstigen Wetters — es regnete seit Samstag ununterbrochen — kamen aus der ganzen Republik die Anhänger der Partei herbeigeeilt, um an der Jubelfeier teilzunehmen. Der Festzug sammelte sich am Puchynovo naměstí in Prag-Weinberge, von wo er sich Punkt 11 Uhr in Bewegung setzte. An der Spitze des Zuges wurde eine Standard getragen mit den Jahren 1872, 1922 und der Aufschrift: „Československá socialistická strana dělnická!“ Im Zuge selbst wurden über 50 Fahnen und 74 Standarden getragen. Hinter der ersten Standardie lam der Aktionsauschuß der Partei, die Abgeordneten und Senatoren. Und dann marschierten heran ein ganzes Heer von ergrauten Köpfen — die ältesten Kämpfer der Partei, Greise und Greisinnen. Starke Abteilungen Arbeiterturner, Säger, fremder Gäste reiheten sich an. So zog vorüber das gewaltige Heer einer Arbeiterpartei, deren Mitglieder selbsthalten an dem Alten, weil sie hoffen, daß ihre Führer nicht ewig den Weg der Verblendung gehen werden. Ueber den Wenzelsplatz und den Graben zog der Festzug der Alten und Jungen zum Lidove dum, wo die Vorüberziehenden durch Hausaren, die Smetanas „Lidove“ bliesen, begrüßt wurden. Der Festzug lam dann über die Sablkova, Potš, Celetna auf den Alššadterring, wo die Festfeier einen würdigen Abschluß fand. An 400 Arbeiterfan-

Genf, 1. Okt. (Tsch. P.) Gestern setzte das fünfgliedrige Komitee die Verhandlungen über Oesterreich fort. Es wurden letzte Versuche zur Vereinfachung der Schwierigkeiten unternommen, hauptsächlich bezüglich der Form der Kontrolle und der Höhe der garantierten Anleihen. Die Schwierigkeiten treten hauptsächlich bei den Italienern auf, die Tschechoslowakei, England und Frankreich haben sich vollkommen geeinigt. Die tschechoslowakische Delegation verhandelte noch am Nachmittag über die definitive Form der erwähnten beiden Punkte.

Dr. Benesch teilte dem Rate und den beteiligten Mächten seinen definitiven Standpunkt mit, in dessen Sinne er vor seiner Abfahrt die diesbezüglichen Protokolle unterzeichnete. Das erste Protokoll enthält die Deklaration über die politische, wirtschaftliche und finanzielle Souveränität und die Gebietsintegrität Oesterreichs. Es ist dies eine besondere Art von Garantievertrag, welcher für die ruhige Entwicklung in Mitteleuropa sicherlich von großer Bedeutung sein (und die Verbindung mit Deutschland verhindern) wird. Das zweite Protokoll betrifft die 20%ige Garantie der österreichischen Anleihe, welche mit einem Teilbetrage von 650 Millionen Kronen in Gold festgesetzt wurde, worin auch die tschechoslowakische Anleihe von 500 Millionen enthalten ist, welcher dadurch einerseits eine neue, weit festere Sicherstellung, andererseits die Wahrscheinlichkeit einer baldigen Bezahlung gegeben ist. Das dritte Protokoll enthält die Art und die Einzelheiten der Kontrolle, die vom Völkerbunde in Oesterreich durchgeführt werden wird.

ger rissen die Menge mit durch den Vortrag des „Liedes der Arbeit.“ Es sprachen hierauf einige Redner, so der Abgeordnete Němec und der dänische Genosse Christensen; der Festzug löste dann auf. Am Nachmittag fanden in ganz Groß-Prag Volksfeste und Volkstanzerte statt, die sich eines großen Besuches erfreuten.

Papstsa nach Deutschland. Aus Berlin wird gemeldet: Wie der Vertreter des tschechoslowakischen Botsbüros vernimmt, sind die deutschen Vertretungsbehörden im Auslande angewiesen worden, bei der Erteilung von Papstvisen sehr vorsichtig zu verfahren und sich vor allem nach dem Zweck der Reise zu erkundigen. Wenn der Verdacht begründet erscheint, daß der Zweck der Reise der Auslauf von Geheimständen des Lebensbedarfes ist, so soll der Sichtvermerk verweigert werden. Die Dauersichtvermerke sollen eingeschränkt werden, ebenso werden die Behörden zurückhaltend sein bei der Verlängerung abgelaufener Sichtvermerke. Preußen, Sachsen und Bayern haben bereits selbständig die Erleichterungen im kleinen Grenzverkehr wesentlich eingeschränkt.

Hausbesitzerstreit in Wien. Die Vertreter der Hausbesitzer Wiens sowie der Alpenländer, denen sich die Hausbesitzervereine angeschlossen, haben Sonntag abend nach Ablauf des an die Regierung gestellten Ultimatums, was die Bewilligung zur Erhöhung des 1900fachen des Friedenszinses verlangt wird, beschlossen, am 3. Oktober abends in den Streik zu treten. Der Streik soll durch die Verweigerung der Mithilfe der Hausbesitzer bei der Gas- und Wasserversorgung der Hausparteien, der Einstellung der Hausbeleuchtung sowie Ablehnung der staatlichen und städtischen Steuereinzahlung durchgeführt werden. Die eingeschwoerenen Vertreter der Ordnung, als welche Wiener Hausbesitzer und Hausmeister bisher in den Himmel latter Bürgerlichkeit eingegangen pflegten, betreten also den Kriegspfad und merkwürdiger Weise aus demselben Grunde, den sie den bitter geklagen „Umstürzern“ nicht verzeihen konnten: um existieren zu können. Man sieht, wie die elende wirtschaftliche Lage selbst das Denken dieser Beharrlichstesten und Rückschrittlichsten revoltiert. Aber ein Unterschied ist doch da und kein kleiner. Die Arbeiter streiken immer nur dann, wenn ihrer Hände Arbeit nicht genügend gewertet wird und wenn der Unternehmer zu viel Profit ziehen will aus ihrer Arbeit. Die Hausbesitzer aber streiken, weil das arbeitslose Einkommen ihnen nicht mehr den Lebensunterhalt gewährt und sie sich genötigt sehen, nicht nur den Mietzins einzulassen, sondern auch zu — arbeiten. Das ist freilich das Schreckliche für die einst so behabigen Herren, deshalb lohnt es sich schon, alte Antipathien zu begraben und selbst in den Streik zu treten. Welche bittere Wahrheit übrigens nicht zu verbergen beabsichtigt, daß die Wohnungsfrage Wiens tatsächlich ein schweres Problem bedeutet. Nur läßt es sich nicht durch einen Streik der Hausbesitzer lösen, sondern bedarf der Initiative des Staates und zu der sind die christlichen Herren Deutsch-Oesterreichs nicht zu haben. — Wie uns aus Wien mitgeteilt wird, hat die sozialdemokratische Partei in einem Aufrufe die Mieter aufgefordert, Mieterauschüsse zu bilden, damit alle nötigen Schritte gegen das Diktat der Hausherren im Einvernehmen mit der Partei unternommen werden können. Wie es in dem Aufrufe heißt, hätte jetzt eine Partei, die bisher 32 K zahlte, für die Wohnung 60.000 K an Zins zu zahlen.

Alles ist d' Annunzio's Diellame. Von Gabriele d' Annunzio, dessen Abisch, als Tertiarier dem Franziskanerorden beigetreten, d. h. nicht Mönch zu werden, sondern nur einige Gelübde abzulegen, die Blätter jetzt berichten, wird in Kurzem ein neues Werk erscheinen, das den Titel führt: „Italien den Italienern.“ Das erste Kapitel des Buches trägt den Untertitel: „Gedachte Kommentare zu einer Stegreifrede.“ Gemeint ist die Ansprache, die der Dichter seinerzeit vom Balkon des Palazzo Marino in Mailand nach der Befreiung durch die Faschisten gehalten hat. In einem anderen Kapitel kommt d' Annunzio ausführlich auf seine jüngste Krankheit zu sprechen, die er stets als die „geheimnißvolle Krankheit“ zu bezeichnen pflegt. Das Buch umfaßt 312 Manuskriptseiten. Ihm wird ein zweites folgen, in dem Zins zu lenken, von dem man schon fast vierzehn n. n. Mit dieser Voranzeige verbinden die italienischen Blätter die Nachricht, daß an den Dichter vor einiger Zeit seitens Mustapha Kemal Paschas die Aufforderung ergangen sei, den Oberbefehl über eine Abteilung der türkischen Streitkräfte zu übernehmen. Jedenfalls genügt Entsa-

tion, um die Aufmerksamkeit wieder auf d' Annunzio zu lenken, von dem man schon fast vierzehn Tage, also viel zu lange, nicht mehr gesprochen hat. Eins steht fest: welche Gelübde d' Annunzio auch ablegen möge, das des Schweigens wird nicht darunter sein.

Die ungarischen Legitimisten zur Königsfrage. Aus Budapest wird gemeldet: Laut den Bestimmungen über das Erbthronium in Ungarn hat sich der Erbthron innerhalb sechs Monaten nach dem Tode seines Vorgängers mit der Stephanskron zu lassen. Am 1. Oktober sind sechs Monate nach dem Tode Karls IV. abgelaufen und die ungarischen Legitimisten haben sich daher zu einer Deklaration veranlaßt, worin sie betonen, daß der Erbthron wegen bis major nicht in der Lage war, sich innerhalb der vorgeschriebenen Frist nach herkömmlichem Brauche zum Apostolischen König krönen zu lassen. Diesem Umstande können keinerlei rechtliche oder politische Folgen zugeschrieben werden. Die Deklaration der Legitimisten beschränkt sich auf die Hervorhebung der prinzipiellen Seite der Königsfrage, die jedoch gegenwärtig keinerlei Aktualität besitzt. Eine Aufrollung des Königsproblems in der gegenwärtigen Lage des Landes wird auch von den Legitimisten nicht angestrebt und der Deklaration kommt lediglich eine akademische Bedeutung zu.

Die Verfolgung der Verteidiger der verurteilten Sozialrevolutionäre. Die Rechtsanwälte Murawjew, Lager und Schdanow sitzen gegenwärtig im Gefängnis der Staatlichen politischen Verwaltung. Formell sind sie wegen des bekannten 57. Artikels des bolschewistischen Strafgesetzbuchs angeklagt worden (dieser Artikel trifft alle ausgewiesenen Gelehrten, Schriftsteller usw.), der lautet, daß alle diejenigen, die in den letzten vier Jahren sich mit der Sowjet Herrschaft ausgesöhnt haben und die fortfahren usw. bestraft werden. Tatsächlich aber wird ihnen ihr Eintreten für die Sozialrevolutionäre zum Vorwurf gemacht. Murawjew soll nach dem Archangelsker, Lager nach dem Wjatkaer und Schdanow nach dem Krasner Gouvernements verbannt werden.

Ein Todesurteil in Moskau. Am 15. September hat das Moskauer Revolutions-Tribunal den Sozialrevolutionär Maler Schischkin zum Tode der Erschießens verurteilt, bei dem man bei einer Hausdurchsuchung gegenbolschewistische Schriften gefunden hat. Die Verhandlung gegen Schischkin ging in einem beschleunigten und abgekürzten Verfahren vor sich, ohne die Zustimmung der Anklageschrift und ohne Verteidiger. In einem Schlussworte an das Tribunal erklärte Schischkin, daß er das Sowjetgericht nicht anerkenne. Das Todesurteil ist in endgültiger Form gefällt worden und das Schicksal des Verurteilten ist unbekannt.

Internationaler Telephonverkehr. Mit Gültigkeit vom 1. Oktober 1922 wurde im internationalen Telegraphenverkehr der gegenseitige Wert des Goldfranken auf 6 K festgesetzt. Demzufolge erfahren auch die Sprechgebühren im internationalen Telephonverkehr eine Aenderung und beträgt sonach von genannten Tage an die Gebühr für ein gewöhnliches Dreil-Minutengespräch von: Prag—Schweiz 32 K, Prag—Budapest 9 K, Prag—Laiabach oder Agram 15 K und Prag—Triest 21 K. Für dringende Gespräche eine dreifache Gebühr. Die mit der Schweiz während der referenzierten Stunden geführten Gespräche sind dreifach wie dringende Gespräche zu taxieren und zu berechnen.

Die Kanalisierung Groß-Prags. Dem „Čestě Zlovo“ zufolge beschloß der letzte Ministerrat, daß der Staat für die mehrere Millionen erfordernde Kanalisierung von Groß-Prag 40 Prozent der Gesamtkosten beitragen soll. — Mit der Kanalisierung und dem Bau eines Gesundheitsinstitutes, mit dem ebenfalls in nächster Zeit begonnen werden wird, wird eine große Zahl von Arbeitern beschäftigt werden. Beide Unternehmungen werden auf ungefähr 70 Millionen Kronen zu stehen kommen. Die Kanalisierung allein wird zirka 20 Millionen kosten.

Welche Valutenwerte dürfen über die Grenze mitgenommen werden? Nach einer Mitteilung der Regierung dürfen mitgenommen werden (die erste Zahl bedeutet pro Person, die zwei pro Familie): Französische Franken 1000, italienische Lire 1200, deutsche Mark 10.000; holländische Gulden 150, 200; Schweizer Franken 300, 500; norwegische Kronen 300, 500; dänische Kronen 300, 500; schwedische Kronen 200, 400; belgische Franken 600, 1000; englische Pfund 15, 20; Dollar 50, 80 rumänische Lei 5000, 8000; bulgarische Leva 5000, 8000; südslawische Dinars 4000, 6000; österreichische Kronen 300.000, 500.000; ungarische Kronen 30.000, 50.000; polnische Mark 100.000, 150.000.

Morde. In der Nacht auf Mittwoch wurde auf dem Wege nach Dorf Lenz bei Schilbberg der 31jährige Arbeiter Robert Domann ermordet aufgefunden. Der Genbarmerie gelang es, die Mörder festzunehmen. Es sind die Dachdecker Karl und Gustav Kunzler aus der Fabrikarbeiter Josef Karager, alle drei aus Dorf Lenz. — In der Gemeinde Starisch bei Mistel wurde Montag ein Mord an dem 63jährigen Landwirt Georg Klecka verübt. Klecka lebte mit seinem 65jährigen Bruder Alois auf einem großen Gute. Es liegt der Verdacht nahe, daß Alois seinen Bruder aus dem Wege geschafft hat, um sich seiner ganzen Habe zu bemächtigen.

Selbstmord eines Lehrers. In der Nacht auf Samstag ließ sich auf der Bahnstrecke Brünn—Prag in der Nähe der Station Babiny der Habsrischen Schweiz der Lehrer Dobrovolsky vom Zug überfahren. Sein Körper wurde in Stücke zerrissen. Der Grund des Selbstmordes ist unbekannt.

Telegramme.

Die Orientkonferenz: Mitte Oktober.

Paris, 1. Oktober. (Havas.) In dem von Franklin Bouillon der französischen Regierung über die Besprechungen mit Mustapha Kemal in Smyrna gefandten Telegramm heißt es, daß nach der Vorkonferenz in Mudania die Friedenskonferenz am 15. Oktober zusammentreten könnte. Im allgemeinen gibt das Telegramm Franklin Bouillons dem Optimismus Raum, aber es verheimlicht nicht die Schwierigkeiten, die man von seiten der türkischen Nationalversammlung erwarten kann.

Regierungstrile in Südblawien.

Belgrad, 2. Oktober. (Tsch. P.-B.) In parlamentarischen Kreisen wird der Ausbruch einer Ministerkrise erwartet. Die unmittelbare Ursache derselben liegt in den schon seit einiger Zeit bestehenden innerpolitischen Meinungsverschiedenheiten zwischen den Radikalen und den Demokraten. Den Wählern zufolge auch zwischen der Krone und der Regierung nicht mehr eine volle Uebereinstimmung bezüglich der Lösung verschiedener auf der Tagesordnung stehenden Fragen. Man hält es für wahrscheinlich, daß sich Pasic anlässlich seines diesmaligen Rücktrittes gänzlich von den Staatsgeschäften zurückziehen wird. Als sein Nachfolger wird in Hoffkreisen Minister des Aeußern Rindić genannt. Da jedoch die von diesem in der Orientfrage eingenommene Haltung nicht die einmütige Billigung der Regierungsparteien findet, erscheint es fraglich, ob ihm die Mission der Kabinettsbildung gelingen wird.

Haufe der Devisen in Berlin.

Berlin, 2. Oktober. An der heutigen Börse sind die Kurse für ausländische Zahlungsmittel von neuem stark in die Höhe gegangen. Der Dollar stieg von 1645 auf 1812, das englische Pfund von 7191 auf 7915, Schweizer Franken von 309 auf 338, tschechische Kronen von 5068 auf 5667. Man führt diese neuen Kurssteigerungen auf den starken Devisenbedarf der Industrie zurück, dem kein genügendes Angebot gegenübersteht, da die Devisenbesitzer ihre Material ängstlich zurückhalten. Verschärft wird die Situation noch durch die Erhöhung der Tarife für Post und Eisenbahnen. Die allgemeine Teuerung und die dadurch erforderlichen Erhöhungen der Löhne und Gehälter verursachen naturgemäß eine bedeutende Erhöhung des Bedarfes an deutschen Zahlungsmitteln.

Kommunikationsdemonstration in Berlin.

Berlin, 1. Oktober. (Wolff.) Die Betriebsräte Groß-Berlins hatten am Sonntag vormittags die Arbeiter und Arbeiterinnen, Angestellten, Beamten und Hausfrauen zu einer Demonstration nach dem Wittenbergplatz eingeladen. Da die Vereinigten sozialdemokratischen Parteien und die Gewerkschaften ihre Beteiligung an der Kundgebung abgelehnt hatten, war der Anmarsch aus den 22 Bezirken Berlins nur gering. Man schätzte die Zahl der Teilnehmer auf 25.000. Die unter roten Fahnen mit dem Sowjetstern teils zu Fuß, teils per Bahn eintrafen. 12 Mitglieder des 15er Ausschusses der Betriebsräte Groß-Berlins hielten Ansprachen, in denen sie zum Kampfe gegen den Wucher und das Schiebertum, gegen die Teuerung und Verelendung aufforderten und für die Kontrolle der Produktion und den Reichsbetriebsrätekongress eintraten. Der Verlauf der Veranstaltung war vollkommen ruhig. Nach Schluß der Kundgebung zogen die Teilnehmer einzeln oder in Trupps nach ihren Orten zurück.

Polnisch-russische Besprechungen.

Warschau, 1. Oktober. (B.A.T.) Tschitscherin und der sowjetrussische Gesandte in Warschau Dholenski konferierten tagtäglich mit den verschiedenen Vertretern der polnischen Regierung. Die Konferenzen betreffen hauptsächlich drei Fragen u. zw.: 1. die Frage der russisch-polnischen Handelsabkommen; 2. die Frage der Abrüstung, wobei die Vertreter der polnischen Regierung den Standpunkt vertreten, daß diesbezüglich zuerst die Entscheidung des Völkerbundes und die Entscheidung der in Reval abzubaltenden Konferenz der russischen Nachbarstaaten abzuwarten sind; 3. die Ausführung der Verpflichtungen des Hugaer Friedensvertrages.

Kleine Chronik.

Eisenbahnunglück bei Nisch.

Belgrad, 2. Oktober. Infolge solcher Weichenstellung stieß gestern abends in der Station Perenjevi, südlich von Nisch, ein aus Westeuropa kommender gemischter Militär- und Zivilpersonenzug mit einem beladenen Güterwagen zusammen. Elf Personen wurden getötet, 20 schwer, 30 leicht verletzt. Die Lokomotive und vier Waggons wurden zertrümmert. Verkehrsminister Stanic begab sich an die Unfallstelle.

Der Verbandstag des internationalen Metallarbeiterverbandes.

Zweiter Verhandlungstag.

Zu Beginn der Vormittagsitzung begrüßt Genosse Macoun

namens der Zentralgewerkschaftskommission den Verbandstag. Er weist besonders auf die erfreuliche Tatsache hin, daß die Metallarbeiter-Internationale so stark vertreten ist. Die gegenseitige Annäherung der Organisationen macht erfreuliche Fortschritte. Die Frage der Zentralisierung der Gewerkschaftsorganisationen kann nicht Sache des Formalismus sein, unsere gemeinsame Arbeit wird uns dazu bringen. Die Frage, ob die Tätigkeit der Gewerkschaften bisher reformistisch oder revolutionär war, ist müßig. Die Gewerkschaften waren und werden immer Organisationen sein, die nach den Gesetzen der Wirklichkeit arbeiten müssen. Von dem Augenblicke ab, in dem den Unternehmern die Verfügungsgewalt über die Arbeitskraft anderer entzogen, der erste Kollektivvertrag abgeschlossen wurde, war die Tätigkeit der Gewerkschaften eine revolutionäre, und es ist eine Schädigung der revolutionären Möglichkeiten, wenn Arbeiter im Fleische der Arbeiterbewegung wählen. Wir haben uns in kurzer Zeit ein kleines, aber festes Haus gebaut, das bisher allen Stürmen standgehalten hat. Die jetzige Zeit wird uns auf die härteste Probe stellen. In dem Kampfe gegen Wirtschaftskrisis und Arbeitslosigkeit haben wir mit dem tschechischen Gewerkschaftsbund dafür zu wirken, die Arbeiterklasse am Leben zu erhalten. Die gemeinsamen Aktionen, zu denen uns die schwere Zeit zusammenführte, hat auch eine geistige Annäherung bewirkt, welche den Einheitsbestrebungen gute Dienste leisten wird.

Dann begrüßt namens der Preisgewerkschaftskommission Karlšab Gen. Šcharing den Verbandstag auf historischem Boden. In Westböhmen stehen trotz der Krise 50.000 Arbeiter in den Gewerkschaften, die Einheit der Arbeiterbewegung konnte in Westböhmen erhalten werden. Die Krise ist besonders bei uns sehr groß. Für die Preisgewerkschaftskommission Komocau wünscht Gen. Štüh der Tagung die besten Erfolge. Es folgen nun die Berichte.

Genosse Kaufmann

gibt eine längere geschichtliche Darstellung der Entstehung des Verbandes und der tausendjährigen Schwierigkeiten, die bei seiner Gründung überwunden werden mußten. In wenigen Monaten mußte ein Apparat eingerichtet werden, zu dessen Aufbau den alten Verbänden Jahre zur Verfügung standen. Auf wirtschaftlichem Gebiete gelang es, den Einzelvertrag durch den Kollektivvertrag zu ersetzen und dann einen einheitlichen Vertrag zu schaffen. Die Mitgliederzahl wuchs. Wir konnten infolge der günstigen wirtschaftlichen Verhältnisse eine Reihe von Erfolgen erringen, die wir nun in der Zeit der Krise verteidigen müssen. Jener Teil der Mitglieder, der als Aufgabe der Gewerkschaften

nur die Verbesserung der Lebensbedingungen betrachtet, begann in dem Augenblicke, in dem weitere Vorteile nicht erkämpft werden konnten, nichtmutig zu werden. Auf die ungenügende Schulung der Arbeiter lauten die Kommunisten ihre Propaganda aus. Um die Gewerkschaften in ihre Hände zu bekommen, säen die Kommunisten Misstrauen gegen die hervorragenden Vertrauensmänner, das sich über kurz oder lang gegen sie selbst richten wird, weil sie auferstanden sind, das lödende Ziel zu verwirklichen. Dort, wo es den Kommunisten gelungen ist, die Arbeiterbewegung zu spalten, sehen wir heute nationale und christliche Organisationen die aus unseren Verbänden vertriebenen Mitglieder aufnehmen. Der Ruf nach Massenaktionen ist meist der Ausdruck der persönlichen Feindschaft. Wir lehnen Massenaktionen, die im Interesse der Mitglieder liegen, nicht ab, aber sie müssen diktiert sein von den Notwendigkeiten und nicht von den Wünschen und Bedürfnissen einzelner Mitglieder, noch weniger von den Bedürfnissen einer politischen Partei. Das Vorhandensein der Krise kann niemand leugnen und es wäre lächerlich, etwa durch einen Generalstreik die Aufnahme der Produktion erzwingen zu wollen. Die Verbindung mit den tschechischen Gewerkschaften ist hergestellt und wir hoffen, die Beziehungen immer enger gestalten zu können. In der Internationale haben wir uns in der kurzen Zeit unserer Zugehörigkeit Achtung und Ansehen erworben. Für die russische Sektion hat der Metallarbeiterverband 262.800 Kronen beigetragen. Den vielen hundert Vertrauensmännern danken wir in den Betrieben gebührt unser Dank für ihre Arbeit.

In der Nachmittagsitzung überbrachte unter lebhaftem Beifall der Delegierten Gen. Domeš die Grüße der

Österreichischen Metallarbeiter,

die soeben einen schweren Kampf beendet haben. Die österreichischen Unternehmer wollten einen entscheidenden Schlag gegen die Arbeiterklasse führen. Es ging darum, ob der Index bleiben sollte oder nicht, jener Maßstab, nach dem die Löhne gemessen werden. Durch die Indexkommission wurde festgestellt, daß die Lebenshaltungskosten von August bis September um 12% gestiegen sind. Die Unternehmer weigerten sich, eine entsprechende Lohnerhöhung zu gewähren. Da die Metallindustrie die wichtigste in Österreich ist und die größte Arbeiterzahl umfaßt, würde ein Sieg der Unternehmer in dieser Frage eine Niederlage der gesamten österreichischen Arbeiterklasse bedeuten. Wenn der Aufschlag abgewehrt werden konnte, so danken wir das der Einheit und Geschlossenheit der Arbeiterklasse, die sich von den Verprechungen der Moskauer nicht beirren ließ. Schon Marx hat es als die Aufgabe der Gewerkschaften bezeichnet, innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft die rechtliche und materielle Position der Arbeiter gegenüber den kapitalistischen Bestrebungen zu verteidigen. Die Gewerkschaften dürfen nicht eine Politik im luftleeren Raum treiben, sondern sie müssen auf dem Boden der realen wirtschaftlichen Verhältnisse stehen. Deshalb müssen wir die Moskauer Politik der Abneigung ablehnen und bestrebt sein, die Kampfkraft der Organisationen ungeschwächt zu erhalten. Den

Bericht über die Lohnbewegungen

erstattete Gen. Bretsch. Er besprach die Kämpfe, die in der abgelaufenen Periode ausgefochten wurden und die zu einer allgemeinen Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen führten. Es war möglich, von Organisation zu Organisation das Urlaubswesen zu regeln, das Vertrauensmännersystem zu ver-

antern und bei der Ausarbeitung von Verträgen in anderen Industrien mitzuwirken. Dort wo sich die Notwendigkeit ergab, sind wir mit dem Prager Verband gemeinsam vorgegangen und wir fanden deutsche, nationale und tschechisch-nationale Organisationen in einer Front gegen uns. Die Lohnerhöhungen, die unsere Mitglieder ihrer Berufsorganisation verweigerten, belaufen sich schon 1919 auf rund 100 Millionen, 1920 auf mehr als 200 Millionen Kronen. Dann berichtete Gen. Weigl über das

Fachblatt und das Betriebsrätewesen.

Er beschäftigte sich mit der Ausgestaltung des Fachblattes und den Schwierigkeiten, die überwunden werden mußten. Gegenüber den kommunistischen Beschwerden muß gesagt werden, daß es die Aufgabe des Verbandsobmannes ist, immer die prinzipiellen gewerkschaftlichen Anschauungen hervorzuheben. Das Betriebsrätewesen stellt uns vor ganz neue Aufgaben. Die Schulung der Betriebsräte ist unerlässlich. In jeder Verwaltungsstelle wurden Büchereien für Betriebsausschüsse eingerichtet.

Den **Kassenbericht** erläuterte Gen. Mai. Die Krise stellt auch an die finanzielle Leistungsfähigkeit große Anforderungen. Zum gewerkschaftlichen Kampfe sind nicht nur gefüllte Kassen sondern auch geschulte Streiter notwendig und die Beiträge die dafür ausgegeben werden, sind gut angelegt.

Ueber die **Mitgliederbewegung** sprach Gen. Stadler. Dreijährige mühsame Arbeit war notwendig, um die Mehrheit der Berufsgenossen in unsere Organisation zu bringen. Trotz der Krise muß alles daran gesetzt werden, um eine Schwächung der Organisation zu verhindern.

Den **Revisionsbericht** erstattete Gen. Nowotny. Er beauftragt, dem Verbandsvorstande die Entlastung zu erteilen.

In der Debatte sprach Gen. Dittl, Pilsen, der vom kommunistischen Standpunkte gegen die Vorrede polemisierte und jede Spaltungsabsicht leugnete. Gen. Abg. Heeger hofft auf eine weitere Besserung der Beziehungen zu den tschechischen Arbeitern. Ebenso wie die tschechischen Genossen in den deutschen Gebieten als gleichberechtigt betrachtet werden, müssen auch die deutschen Arbeiter in den tschechischen Teilen den Verhandlungen beigezogen werden. Die Furcht der Unternehmer vor dem Ostrau-Witkauer Gebiete ist vorüber, weil die Kapitalisten wissen, daß dort die Arbeiterbewegung zerrissen ist. Die Angelegenheiten in den Gewerkschaften haben verflacht, die Kommunisten schließen sich nun selbst aus und gestalten ihre roten Gewerkschaften zu Sammelstellen ihrer Anhänger aus. Der Kommunist Prade, Reichenberg gibt zu, daß Fehler geschehen sind, und sieht den durch den Meinungsstreit verursachten Mitgliederverlust als bedauerlich, aber unvermeidliche Begleiterscheinung des Kampfes an. Auch er verurteilt das, was in Komotau und Döberitz geschehen ist. Er gibt zu, daß auch Sméral für das Terrorgesetz gestimmt habe. Die kommunistischen Delegierten werden für die Annahme des Berichtes stimmen. Damit war die Debatte beendet.

Dritter Verhandlungstag.

Karlšab, 2. Oktober. Verbandstag der Metallarbeiter. (Eigenbericht.) 3. Verhandlungstag. Nach dem Schlußworte des Genossen Kaufmann wurde der Antrag, dem Vorstande die Entlastung zu erteilen, einstimmig angenommen, ebenso die vorliegenden Resolutionen.

Die Beschlüsse der Vorstandskonferenz auf Ausschluß von 17 Verbandsmitgliedern wegen ihres organisationszerstörenden Wirkens wurde mit allen gegen vier beziehungsweise fünf Stimmen genehmigt.

Dann hielt Abg. Genosse Dr. Haas ein ausgezeichnetes Referat über „Arbeiterrecht und soziale Gesetzgebung“.

Nachmittags begrüßte Hansen (Dänemark) den Kongreß worauf Genosse Krebs über „Wirtschaftskrisis und Lohnkampf“ sprach.

Nach Abschluß der Debatte wurde der Bericht der Mandatsprüfungskommission, worauf auf dem Verbandstag 107 Delegierte und 52 Gäste mit 159 Teilnehmer anwesend sind, zur Kenntnis genommen.

Wir werden über die Verhandlungen morgen ausführlich berichten.

Wirtschaft und Sozialpolitik.

Die **Vertrufung der deutsch-französischen Schwerindustrie**. Dem Abkommen mit dem Marquis von Lubersac über den Wiederaufbau Frankreichs läßt Hugo Stinnes einen neuen Plan folgen, der auf die künftige Entwicklung der deutschen und der französischen Wirtschaft die nachhaltigsten Wirkungen ausüben kann. Nach Meldungen aus Paris berichtet die „Journée Industrielle“, daß zwischen Hugo Stinnes und dem französischen Großindustriellen Jules Bernard in einer Reihe von Zusammenkünften eine Verständigung vereinbart worden sei, die während der bevorstehenden Reise der deutschen Großindustriellen nach Frankreich perfekt werden soll. Ueber den Inhalt dieser Abmachungen sind noch keine Einzelheiten bekannt, doch weiß man schon ungefähr, was sie enthalten werden. Die rheinisch-westfälische Schwerindustrie soll Ruhrkohle an die lothringischen Hütten liefern, die dortigen Werke wollen im Austausch dagegen Eisen- und Stahlfabrikate an die Walzwerke des rheinisch-westfälischen Industriegebietes zu Vorzugsbedingungen abgeben. Weiter soll der Bau von neuen Hütten und Hochöfen in Rheinland-Westfalen, die als Ersatz für die in Elsaß-Lothringen verloren gegangenen Betriebe gleicher Art bestimmt waren, eingestellt und als Gegenleistung soll den deutschen dafür eine Kapitalbeteiligung von einem Viertel an großen lothringischen Hüttenwerken eingeräumt werden. Bei der Ausführung dieses Planes wird die Frage eine große Rolle spielen, ob die Preisermäßigung für das lothringische Halbzeug groß genug ist, um einen Ausgleich gegenüber den hohen Frachtkosten nach dem Ruhrrevier zu schaffen. Sicher aber ist, daß damit der Grund zu der Verirrtung der deutsch-französischen Schwerindustrie, die ihre Hauptkräfte in Rheinland-Westfalen und in Lothringen hat, gelegt werden soll. Das würde zugleich bedeuten, daß die wichtigsten Rohstoffe des Kontinents dem diktatorischen Willen einer Handvoll Industriemagnaten unterstellt werden. Rückwirkungen auf die anderen Industrien Deutschlands vielleicht noch mehr als Frankreichs können nicht ausbleiben. Die Arbeiterklasse aber könnte sich an diesem entschlossenen Willen des Großkapitals, mag es deutschen oder französischen Namen tragen, sich zu konzentrieren, ein Beispiel nehmen. Ueber alle Differenzen im einzelnen besetzt die Industriemagnaten der Wunsch, sich die ganze Wirtschaft untertanig und die Politik zur Dienerin ihrer Interessen zu machen. Auch das Proletariat muß erkennen, daß demgegenüber nicht neue Zersplitterung und Bewirrung, sondern Zusammenfassung aller Kräfte notwendig ist.

Streik der Tabakarbeiter in Bulgarien. Zeit dem 4. August stehen in Bulgarien 10.000 Tabakarbeiter und Arbeiterinnen im Streik. Das Streikzentrum ist Bledio, wo gegen 5000 Arbeiter und Arbeiterinnen im Anstande sind. An dem Streike beteiligen sich in bedeutendem Maße auch die Nichtorganisierten. Wenn man bedenkt, daß die bulgarische Gewerkschaftsvereinigung im ganzen nur etwa 30.000 Mitglieder

Professor Schuster.

Die Lebensgeschichte eines Arme-Leut'-Kindes.

Von Otto König.

Er stammte aus einem kleinen, armen deutschböhmischen Nest mit großen historischen Erinnerungen und ephemertranken Ruinen. Er stammte aus einem jähren Geschlecht, das sich seit Generationen von Kartoffeln und Wasseruppe genährt hatte und sein Blut war darnach. Ein jammervolles Büchlein war der kleine Adolf gewachsen, als er noch bloßfüßig neben des Vaters Hausierertarnt durch die böhmischen Dörfer lief und so im Vorbeigehen bald in dieser bald in jener Schule einige Buchstaben aufschnappte als fahrender Student beider Alphabete, des tschechischen nämlich und des deutschen. Für solchen Luxus, wie Zähne und Haare, hatte sein unterernährtes Körperchen nicht Kraft genug. Die fielen ihm aus, kaum daß sie gewachsen waren. Seine Haut erzeugte aus sich einen häßlichen Ausschlag um den anderen und alle halbe Jahre bekam er pünktlich einen Gelbsuchtanfall, der seinem lahmen, spinnen Schädelchen eine verblüffende Ähnlichkeit mit einer Zitrone verlieh. Und all das blieb dem Adolf sein ganzes Leben lang, die Haarlosigkeit, die Zahnelosigkeit, die Pusteln und die Gelbsucht. Aber sonst geschah mit dem kleinen Adolf ein großes Wunder, ein Wunder, wie es wirklich nur alle hundert Jahre einmal vorkommt und die Leute sagten, daß der Hausierer-Adolf ein richtiges „Glück“ habe. Der kleine Adolf wurde nämlich ein Student.

Jugend ein Pfarrer, dem das verwunderlich vorkam, daß der deutsche Klärnerbus mit gleicher Gelbsucht in tschechischer und deutscher Sprache die Gebete herunterplappern konnte, meinte nämlich, daß der Adolf einen „offenen Kopf“ habe

und der Präsident eines nationalen Schupvereines erklärte, daß es „Zünd und Schied sei um des Jungen Talent, das nicht verstaubt werden dürfe.“ Und so ist gekommen mit Kostüchen und Schulgeldbefreiungen und Zuwendungen aus der Schülerlade und Pünktgelden-Stipendien. Das Unglück war nur, daß der Pfarrer und auch der nationale Politikus sich in dem kleinen, häßlichen Adolf schwer getäuscht hatten. Der Adolf war nämlich gar kein „offener Kopf“, sondern nur ein überaus gedundiges — Schupfisch. Je vom „Studentenunterstützungsverein“ vertrieben zerfetzten, zertrümmelten Bücher hatten, so schien es ihm, schon alle Weisheit an ihre früheren Besitzer abgegeben; zu ihm armen, häßlichen, gelbsüchtigen Adolf Schuster wollten sie nicht mehr sprechen. Aber er sah so lange über ihnen und flüsterte sich ihre Wörter und Worte so ausdauernd vor, bis er sie „wiederholen“ konnte, gewissenhaft, genau und zuverlässig wie eine steinerne Mauer auch innerlich gerade so unberührt wie eine steinerne Mauer. So galt der Adolf Schuster als zwar sehr mittelmäßiger, aber unbändig fleißiger Schüler und er arbeitete sich, geschoben, gepufft, geschunden und mit stülpender Unverdroßtheit sich selbst schüddend durch die Klassen; stets und in allen Fächern „genügend“.

Warum Adolf Schuster so fleißig war? Einfach aus Unterlassen-Instinkt: Man hatte ihn vor die Bücher gesetzt und gesagt: „Du mußt!“ — Also mußte er. Und dann: Klein-Adolf hatte erfahren, daß es zwei Sorten von Menschen gab, solche, die sich duden und solche die andere duden machen, solche, mit denen alle Leute freundlich waren und solche, mit denen kein Mensch freundlich war. Zu diesen hatte sein Vater gehört und seine Mutter und er selbst, und ein solcher wollte er um keinen Preis bleiben, denn — und das war das allergößte Unglück — die Natur hatte

dem häßlichen, siechleibigen Adolf in ihrer boshaftesten Laune ein Herz gegeben voll von Liebesbedürfnis. Lieb haben sollte ihn wer, lieb haben sollte sie ihn, alle Leute sollten ihn lieb haben! — Und er wollte ein „Herr“ werden, damit sie ihn lieb haben und damit er ihnen Gutes tun konnte. — Ein „Herr“ werden kann man aber nur durch Wissen, Bildung, also nur durch Fleiß. So stand das in seinem vom Unterrichtsministerium approbierten Lesebuch, so stand das in allen Büchern, die ihm die nach pädagogischen Grundfächern geordnete Schülerbibliothek zur Verfügung stellte. „Bildung macht frei!“ „Wissen ist Macht!“ Was gedruckt ist, muß wahr sein. Und sprachen nicht auch alle die gelehrten Herrn Professoren genau so oder doch ganz ähnlich? Ueberhaupt diese Professoren! Es war gar nicht gut, daß die Lehrer mit dem armen, häßlichen und unermüdblich eifrigen Jungen, der sich gar niemals das allgeringste herausnahm und nicht ein einziges Mal gegen irgendeinen von den vielen Paragraphen der Disziplinarordnung verstieß und der überhaupt der Schüchtern völklicher Intelligenzhiererei war, Mitleid und Wohlwollen empfanden. Er liebte seine Professoren nämlich, wosend wegen ihres Wohlwollens, wegen ihres Wissens, wegen ihrer Macht. Denn so ein Professor in der Gymnasialklasse, erschien dem Adolf Schuster wie die Inkarnation einer allwissenden, allgerechten und allmächtigen Gottheit. Es kam ihm wie eine Sünde wider den heiligen Geist vor, wenn er merkte, daß nicht alle Mitschüler dieselben schwärmerischen Gefühle für ihre Lehrer hegten. So ein Professor mußte er auch werden, so ein Professor mit Einfluß auf Stipendienverteilung für die Schlimmen, ein Professor, den natürlich alle Braven liebten und vor dessen schicksalshängendem Notizbuch die Unbändigsten zahn würden.

Und der Adolf Schuster wurde so ein Professor. „Aus eigener Kraft“ sagte er, stolz als er nach dem dritten letztmöglichen Anlauf seine Lehrbefähigung für die vier unteren Klassen der Mittelschulen — so was gab's damals — in die Brusttasche seines glänzenden Braatenrotes schob, desselben Rodes, den er schon bei der Matura getragen und er hätte es niemandem geglaubt, daß das Wohlwollen seiner Mittelschullehrer und die bestehenden Examina und die ganze, ganze wunderbare Entwicklung vom Hausierer-Jungen zum Gymnasiallehrer ja doch zum allergrößten Teil in Klublokalen, in den Klublokalen nationaler Motterien, die sich die Aufgabe gestellt hatten, die „Intelligenz“ des Deutschstums in Böhmen auf statistischen Tabellen in runden Zahlen anschaulich zu machen. Auch der Supplent Adolf Schuster war als Einheit in diesen Zahlen eingearbeitet, aber das wußte er nicht, denn für ihn gab es keinerlei verborgenen Gründe und keine indirekten Ursachen, für ihn war alles geradlinig und normativ, klipp und klar, ursächlich und folgsam gut und böse; das Leben sowohl als auch — die Geschichte und für die war er ja sogar lehrbefähigt.

Stophhoch, ferzengrad, selbstbewußt und voll gährenden Wohlwollens für seine künftigen Schüler zog er hinaus in das kleine Landes-Untergymnasium, um die unzweifelhaftesten Gesichtswahrheiten zu lehren, mit all den glatten Jahreszahlen, die er auswendig gelernt hatte und um daneben Liebe zu sen und Liebe zu ernten, Liebe und Respekt, natürlich, denn darnach gierig und sieberte sein Herz, das törichte Arme-Leut'-Kind-Herz, das nichts gelernt hatte und nichts vergessen und seinen guten, alten Takt weiterführend, als wäre es noch immer ein freies Proletarierherz und nicht die wohltemperierte Blutpumpe eines gelehrten Bürgerpädagogen.

(Fortsetzung folgt.)

zählt und daß 20.000 Tabakarbeiter in Bulgarien beschäftigt sind, so bildet die Tabakarbeiterschaft in der Gesamtzahl der industriellen Arbeiter eine der größten Gruppen. Deshalb hat der Streik der Tabakarbeiterschaft in Bulgarien für die gesamte dortige Arbeitererschaft eine besonders große Bedeutung. Die Ursache des Streikausbruchs sind die elenden Arbeits- und Lohnverhältnisse der Tabakarbeiterschaft in Bulgarien. Die Organisation der Tabakarbeiterschaft in Bulgarien wendet sich deshalb durch Vermittlung des internationalen Verbandes der Tabakarbeiterschaft in Amsterdam an die Klassenbewegte Tabakarbeiterschaft der anderen Staaten und Völker um rasche finanzielle Hilfe, welcher sie dringend bedarf, um den Streik weiterführen zu können und den Widerstand der Arbeitgeber zu brechen. Der Verband der Tabakarbeiter in Sternberg wird eine teilweise finanzielle Hilfe aus seinen beschiedenen Mitteln der kämpfenden Tabakarbeiterschaft absenden und fordert in seinem Fachblatt seine Mitglieder auf, Sammlungen für die streikende Tabakarbeiterschaft einzuleiten und so durch die Tat ihre internationale Solidarität zu beweisen.

Kurse der Valuten.

Die tschechische Krone notiert in:

Zürich	Schw. Franc	0'16.00
Berlin	Mark	56.75
Wien	Skr. Kr.	2377.-

Prager Kurse.

	Geld	Ware
100 holl. Gulden	1242.50	1240.50
100 Prager	175.00	195.00
100 schweiz. Franc	601.50	604.50
100 Lire	135.92	137.12
100 franz. Francs	243.50	245.00
1 Pfund Sterling	138.75	140.25
1 Dollar	32'17.50	32'57.50
100 belg. Francs	228.75	230.75
100 Dinar	43.25	43.75
100 österr. Kronen	0'04.37	0'05.37
100 poln. Mark	0'33.00	0'43.00
100 magyar. Kronen	1'22.50	1'32.50

Zürcher Schlusskurse (Devisen).

Berlin	0'31.00	Paris	40.20.00
Wien	0'00.75	Mailand	22'90.00
Prag	16.60	Budapest	0'22.00
Holland	207.75	Agram	1'82.50
New York	5'35.00	Warschau	0'08.00
London	33.52	Wien gest.	0'00.87

Literatur.

Protokoll der vierten Reichskonferenz der Bergarbeiter in der Tschechoslowakischen Republik, abgehalten in Prag am 11., 12. und 13. Juli 1922, Verleger und Herausgeber Union der Bergarbeiter in Turn-Teplicy. Das vorliegende Protokoll enthält für jeden, den der Kohlenbergbau interessiert, aber auch sonst für jeden Volkswirtschaftler und Politiker ein ungemein reichhaltiges und wertvolles Material. Das Referat des Genossen Pohl über die wirtschaftliche Situation im Bergbau, das im Wortlaut abgedruckt erscheint, enthält eine ungemein instruktive Zusammenfassung der Entwicklung des Kohlenbergbaus nach dem Kriege im allgemeinen und in der Tschechoslowakei im besonderen und gibt eine wertvolle Analyse und Kritik der tschechoslowakischen Kohlenpolitik. Sehr wertvolles Material bieten auch die Referate sowie die Debatte über die Erfahrungen mit dem Betriebsrätegesetz im Bergbau, die geradezu als Grundlage für die Novellierung des Gesetzes benützt werden können. Einen Ueberblick über den gegenwärtigen Stand der Bergarbeiterversicherung (Gruberkassenreform) gibt das Referat des Genossen Dr. Viktor Paas.

Aus der Arbeiterbewegung.

Große Kündigungen bei der Berliner A. G. Nach Blättermeldungen ist in der Apparatefabrik der A. G. ein wilder Streik ausgebrochen, weil die Direktion eine überhörsliche Zulage für die Vorarbeiter ablehnte. Die Direktion hat darauf sämtliche 10.000 Arbeiter entlassen und den Betrieb geschlossen.

Kunst und Wissen.

„Urania“-Klassiker-Vorstellung. Der liegende Holländer von Richard Wagner. (Neues deutsches Theater, 30. September 1922.) Es ist zu begrüßen, daß unser aufstrebendes modernes Bildungsinstitut „Urania“ bei den ins Werk gesetzten Klassikervorstellungen auch die Oper berücksichtigt. Hoffentlich in systematischer Weise. Wagners „Holländer“ war der verheißungsvolle Auftakt hiezu, weil er ein am Anfange der musikalischen Entwicklung des größten deutschen Tondramatikers stehendes Werk ist, so daß weitere und spätere Aufführungen den richtigen Zweck erfüllen können: Wagners tonkünstlerisches und dichterisches Schaffen logisch zu erläutern. Voriglich am Platze war in diesem Sinne auch der einführungsvortrag des Musikwissenschaftlers Dr. Ernst Rychenowitsch, der Wagners „Holländer“ und seine Stellung im Schaffen Wagners und im Verhältnis zur Oper der damaligen Zeit überhaupt treffend charakterisierte. In dieser Aufmachung erscheinen die „Urania“-Klassikervorstellungen geeignet, künftig auch ein weiteres und nicht vorwiegend durch unsere kunstbegierige Schuljugend bestimmtes Publikum anzulocken. Die Aufführung selbst war gut, wenn auch nicht künstlerisch so vollkommen, wie es ein derartiger Anlaß verlangt, nämlich nach dem Grundsatze, daß für die leichtempfindliche Jugend das Beste gerade gut genug ist. Neu war der „Holländer“ des Herrn Schwarz, stimmlich von erlesener Pracht und gefühlswarm im Ausdruck, darstellerisch aber noch viel zu schablonenhaft. In diesem echten, in der Tonbehandlung und Stimmetechnik an Michael Bohnen gemahnenden Künstler erwächst uns einer der besten Baritonisten, die unsere Opernbühne je besessen hat. Die übrige Besetzung der Oper mit Fr. Verihold als Senta, Herrn Sterned als Dalund und Herrn Radob als Erik in den Hauptrollen bietet zu besondern Bemerkungen keinen Anlaß. Chorisch und szenisch ist manches reformbedürftig. Die musikalische Leitung lag in Kapellmeister Kienzls Händen und hatte Leben und Farbe.

Reinhold Gerling: „Die Kunst der Ehe“. Auf Einladung des rührigen Bildungsinstitutes „Urania“ sprach Samstag Reinhold Gerling über dieses heikle Thema vor einer zahlreichen Zuhörerschaft. Der in Deutschland über eine beträchtliche Anhängerzahl verfügende Vortragende hat eine gerundete, rhetorisch ausgezeichnete Leistung, die freilich in dem zeitlich begrenzten Rahmen eines solchen Vortrages das erschöpfliche Problem der modernen Ehe nur in den Grundzügen streifen konnte. Wie alle bürgerlichen Moraltheoretiker überfieht Gerling bei Aufstellung seines sonst anerkennenswerten Idealgebäudes nur einen Umstand, der allerdings die Hauptsache bei der Verwirklichung ist: Daß alle diese Idealgebäude ins Nichts zerfallen, wenn ihnen nicht die materialistische Wirklichkeit zugrunde liegt. Und auf die kam Gerling erst zu sprechen, als er aus dem Kreis der Zuhörer dran erinnert wurde. So konnte es kommen, daß Gerling gegen jene Bewegung Stellung nahm, die aus der Not der Zeit geboren ist, von unserer Partei mit Nachdruck vertreten wird: gegen die Aufhebung des Mutterchaftszwanges. So konnte es kommen, daß er die Strafgebühren für die Sittenverderbnis der jungen Männer verantwortlich macht, ohne zu bedenken, daß gerade die Prostitution in 99 von hundert Fällen ein Geschenk jener Gesellschaftsordnung und ihrer Wirtschaftsverfassung ist, die er so verteidigt. Gerade Mutterchaftszwang und Prostitution sind es, die — materiell der eine und ideell die andere — eine so große Zahl von Ehen zerstören. Nimmt Gerling hier also gegen die Beseitigung eines drückenden Gesetzes Stellung, so hat er mit seinen letzten Worten sich dann selbst widerlegt: Er meinte, daß in den Fragen der Sittlichkeit niemals Gesetze, sondern immer die Erziehung erfolgreich sein würden. Und hierin können wir ihm beipflichten: Auch wir wollen den einzelnen und die Massen auf dem Wege der Erziehung mit einer neuen Sittlichkeit erfüllen, die nicht nur die Kunst der Ehe, sondern, diese einschließend und über sie hinaus, die Kunst des Lebens in der Gemeinschaft und mit der Gemeinschaft zum letzten Ziel hat, wir wollen allen den Weg zum Sozialismus weisen. R. D.

Neues Theater. Heute, den 3.: „Cavalleria rusticana“, „Bojazzo“; Mittwoch, den 4.: „Faust und Margarethe“; Donnerstag, den 5.: „Christ und Holde“; Freitag, den 6.: „Bajodere“; Samstag, den 7.: 7 Uhr abends „Tanz ins Glück“, 10 Uhr nachts „Abenteuer in Marokko“; Sonntag, den 8.: nachmittags Arbeitervorstellung: „Lohengrin“.

abends Gastspiel Moissi „Lebender Leichnam“; Montag, den 8.: „Hamlet“ (Gastspiel Moissi).

Kleine Bühne. Heute, den 3.: „Werwolf“; Mittwoch, den 4.: „Vatermord“; Samstag, den 7.: Gastspiel Moissi „Gespenster“; Sonntag, den 8.: nachmittags „Haben Sie nichts zu verzollen?“, abends „Vatermord“.

Arbeitervorstellung: „Lohengrin“. Sonntag, den 8. d. M., 2 Uhr nachmittags. Kartendruckverkauf bei Genossen Deutsch, Graben 25, Kleiner Bazar.

Urania.

Mittwoch, den 4., 8 Uhr: „Zukunftsschule und Jugendglück“, Lichtbildvortrag. In Hamburg wurde der Versuch gewagt, unter Berücksichtigung auf jede erzwungene Autorität die Schulerziehung auf ganz neue Grundlagen zu stellen. Aus Leben und Praxis dieser Schulgemeinschaften wird die bekannte Mitschöpferin dieses Wertes Käthe Lorenzen berichten. Einleitende Worte: Prof. Fanta. Karten 8 und 5 K.

Donnerstag, den 5., 7 Uhr: „Literarischer Kurs: „Von Hildebrandslied bis zu Goethes Faust“. Kirchenrat Dr. Silchert, zehnstündiger Kurs.

Freitag, den 6., 8 Uhr: Gibt es einen Zufall? (Das Gesetz der Serie) mit Lichtbildern. Doz. Paul Kammerer-Wien. 10—4 K.

Samstag, den 7., 8 Uhr: Klavierabend Josef Langer. Der durch seine glänzende Technik bekannte Künstler, der im Vorjahre in Prag ausgezeichnet gefiel, spielt Bach (Toccatto in D-Moll), Beethoven (Sonate in C-Moll), Strabini (Sonate in Fis-Dur), Liszt (Sonate in G-Moll). 10—4 K.

Neue Mitgliedskarten: Jahreskarte 10 K. Anschließkarte für jedes weitere Familienmitglied 3 K (jede Karte genießt die gleichen Begünstigungen). Karten zu allen Veranstaltungen und Kursen, Mitglieder Ermäßigung: Urania-Ranglei 10—1 und 3—7 Uhr.

„Im Bilde durch die Welt.“ Zehn Sonntag-Nachmittag-Lichtbilder-Vorträge (jeden zweiten Sonntag). Beginn dieser so überaus beliebten Reihe Sonntag, den 8., 4 Uhr. „Wandern und Schauen in Dorf und Stadt“, Univ.-Prof. Weber-Jena. Weitere Vorträge in der Reihe: Land und Leute in Serbien, Steiermark, Thüringen, Das Riesengebirge, Der Rhein, Die Ostsee, Norwegen usw. Jylustkarte 30 K, für Nichtmitglieder 40 K, Einzelkarte 5 K, für Mitglieder 4 K, Urania-Ranglei.

Turnen und Sport.

„Gleichheit“ Weiskirchliq-Kreismeister.

Schlag E. R. Türmly 4:1 (3:1), Eden 5:5.

Am Sonntag fand in Bilin vor mehreren Tausend Zuschauern der Entscheidungskampf um die Kreismeisterschaft statt. Das Spiel wurde vom Genossen Grull-Dresden einwandfrei geleitet. „Gleichheit“, die mit zwei Ersatzleuten spielte, war ständig überlegen und hat den Sieg einwandfrei verdient. Das Tor der Türmlyer resultierte aus einem Eismeter. Das gebotene Spiel stand technisch auf der Höhe und befriedigte vollaus die erschiene, sportbegeisterte Arbeitererschaft. Durch diesen Sieg gewinnt „Gleichheit“ zum dritten male die Kreismeisterschaft.

Schwere Niederlage der Sparta.

1. FC. Nürnberg schlägt den tschechischen Meister überlegen 3:0 (1:0).

Am Spartaplatz wurde am Sonntag die inoffizielle Meisterschaft des Kontinents von Nürnberg in prachtvollem, überlegenen Stile gewonnen. Technisch den Spartaleuten hoch überlegen, führten die Nürnberger ein Spiel vor, wie es Prag noch kaum gesehen hatte. Die Mannschaft arbeitete trotz des schweren Bodens wie aus einem Guß und ließ die Sparta phasentweise überhaupt nicht zu Worte kommen. Sparta begann besonders nach dem zweiten Tore zerfahren zu spielen und bot das Bild eines hilflosen Woads. Zwar versuchten einige Größen der Mannschaft, als das Spiel schon rettungslos verloren war, Bewegung in den verjagenden Angriff zu bringen, doch scheiterten alle Rettungsversuche an der

sicheren Verteilung der Nürnbergers, unter der der Zenterschiff Raib hervorragte. Im Sturme der Deutschen bot der rechte Flügel Strobel und Träg eine Prachtleistung. 20.000 Zuschauer zollten der Meistermannschaft begeisterten Beifall. Der Schiedsrichter war den Gästen nicht besonders gut gesinnt.

Sonstige Resultate vom Sonntag: In Königgrätz wurde DFC. Prag vom SK. Grabez Kralove 4—8 geschlagen. — M.T.A. Budapest gegen VAC. Budapest 1—2. — Polen gegen Jugoslawien 3—1. Gespielt in Agram vor 12.000 Zuschauern. — Vor dem Nürnbergerspiele spielte am Spartaplatz Meteor Weinberge gegen Union Ziklow 3—1.

Leichtathletik. Ein neuer Weltrekord Sundgrens über 1000 Meter. Im Stockholmer Stadion wurden unter Teilnahme deutscher Leichtathleten Wettkämpfe ausgetragen, die Resultate zeitigten: 1000 Meter: 1. Sundgren-Göta in neuer Weltrekordzeit von 2:28.5, 2. Belker-Stein 2:29.5, 3. Jander-Jon. 3 engl. Meilen: 1. Wido-Lindö 14:13.6, 2. Bodman-Lidholm 14:19.7, 3. Sundström 15:08.5. Ueberstehende Niederlage Padmons. — 100 Meter: 1. Weisnarbt-Bellas 11.3 Sek., 2. Senftleben-SC. Charlottenburg 11.4 Sek., 3. Silja 11.5 Sek.

Herausgeber: Dr. Ludwig Czoch und Karl Cermah. Druck: Deutsche Zeitungs-Druckergesellschaft, Prag. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß. Für den Druck verantwortlich: O. Polka.

PALMA
Kautschuk Absatz und Sohle



Unerreicht an Passform und Haltbarkeit. Ersetzen das teure Leder

Centralbank der deutschen Sparkassen
in der Tschechoslowakischen Republik
Hauptanstalt Prag II., Brodovska 14
mit Zweigstelle Prag II., Graben 25.
Zweigstellen: Aussig, Brünn, C. Teschen, Jägerndorf, Neichenberg, Trautensau, Troppau.
Einlagen gegen Einlagebücher und in laufender Rechnung, kulanteste Durchführung aller Überweisungen in das In- und Ausland, Ein- u. Verkauf von Wertpapieren, Devisen Valuten. 101 Durchführung aller Bankgeschäfte.

Ersie Köche und Kellner Ausstellung
Prag—Industrie-Palast
Oktober 1922.
Ausstellungskanzlei: Prag, Vodickova 15
Telephon 888. (Akadem. Kavarna)

Arbeiter-Jahrbuch 1923
erscheinen Mitte Oktober 1922 im Verlage des Parteivorstandes der Deutschen sozialdem. Arbeiterpartei.
Taschenkalender . . . 6 Kronen
Jahrbuch 1923 . . . 7 Kronen
Bestellungen sind zu richten an das Sekretariat der Deutschen sozialdem. Arbeiterpartei in Tepliz, Seilerstr. 1.
Arbeiter-Taschenkalender



a. Bauer & Co.
Prag, Celetná 35.
vis. K. W. Verthum.

Haus für moderne Herren- und Damen-Bekleidung

nimmt den Kampf bis aufs Aeußerste gegen die Teuerung auf ohne Rücksicht auf die Regierungsaufforderung. Grundpreis eines

Herrenanzuges 230.-
Reinwolle v. K6 aufwärts.

Damenmäntel 80.-
von K6 aufwärts. 1070 bis zu den feinsten Qualitäten. — Vor Einkauf beachten Sie unsere Schaufenster und vergleichen Sie die Preise und Qualitäten.

Sozialistische Theater-Stücke und Vortragbücher für Vereine senden wir in großer Auswahl auf Wunsch zur Ansicht. Buchhandlung Freiheit, Tepliz-Schönan, Theresienstraße 16.

WARENHAUS PRAG II., HYBERNSKA UL. 7.
hat Stoffe, Manufakturwaren, Wäsche, Gummiknetel, Kravatten, Schuhe und alle sonstigen einschlägigen Artikel in unerreicht billigen Preisen!

Lato die beste
Milch-Schokolade
besorgt den Konsum-Vereinen die
G. E. C.